Igel 57: Kapitalismus

Liebes Humankapital,

wir haben es geschafft–hier ist nun der erste IGEL der neuen Redax, die im Oktober 2009 in Gifhorn gewählt wurde. Intensiv haben wir uns mit dem Titelthema Kapitalismus beschäftigt – wir sind zu Marx-Lesekreisen gegangen, haben 5 Euro-Scheine verbrannt und den BWL-Unterricht boykottiert ;-)

Mit dieser Ausgabe wollen wir einen Beitrag für die Diskussion über das böse „K-Wort“ innerhalb der GJN beisteuern. Schließlich wollen wir als politischer Jugendverband auf unserer nächsten Landesmitgliederversammlung versuchen unser Verhältnis zum Kapitalismus zu klären.

Als frisch gewähltes Redax-Team war diese erste Ausgabe eine große Herausforderung für uns. Leider ist uns nicht alles auf Anhieb optimal gelungen. Es war leider sehr schwer Frauen dafür zu begeistern für den IGEL zu schreiben. Um eine halbwegs anständige Quote hinzukriegen, mussten wir deshalb auf einige Beiträge von Männern verzichten. An diesen Aufgaben wollen wir jedoch wachsen und werden für die nächste Ausgabe versuchen insbesondere Frauen zu motivieren. Wir freuen uns über ehrliches, kritisches und kontroverses Feedback von Euch.

Viel Spaß bei der Lektüre!
Judith, Vanessa, Michèle, Patrick, Arne und Christian

Inhalt

Thema
Die Kritik der politischen Ökonomie
Lernst du schon oder sparst du noch? 5
Alternativen zur kapitalistischen Staatsführung 6
Zeremonielles Tauschsystem in Neuguinea 8
Der Preis unserer Kleidung 10
Bildung in der Lobbykratie Deutschland 12
Zurück zur Normalität 17
Funny van Dannen 18
Gedicht 19
Erziehung zum Konsum 20
Gedanken zum Wirtschaftswachstum 22
“Climate Justice Now!” 24
Interview mit 180° 26
Von Umweltschmutz und Umweltschutz 28

Intern
Basisgruppen-Ticker 14
Adressen und Termine 30
Lavo Bericht 31
Impressum 32

Die Kritik der politischen Ökonomie

Wenn man über den Kapitalismus reden will, dann kommt man an der wissenschaftlichen Ausarbeitung von Karl Marx nicht vorbei. Die Kritik der politischen Ökonomie, dargelegt in Marx Hauptwerk „Das Kapital“, ist auch heute noch aktuell, denn Marx hat den Kapitalismus nicht nur vor dem Hintergrund seiner Zeit analysiert, er hat vielmehr den Versuch unternommen den Kapitalismus als System darzustellen, welches sich auch im Laufe der Zeit nicht grundsätzlich verändert. Ich bin fest davon überzeugt, dass die Analyseinstrumente der „Kritik der politischen Ökonomie“ auch heute noch genutzt werden müssen, um aktuelle Krisenerscheinungen des Kapitalismus zu verstehen und eine grundsätzliche Kritik an diesem Gesellschaftssystem zu formulieren.

Marx Ideenkonzept in einem so kurzen Artikel darzulegen, ist eigentlich unmöglich. An einigen Stellen werden die Erklärungen daher verkürzt sein und eine weiterführende Lektüre ist empfohlen (Buchtipps am Ende des Kapitels).

Die Werttheorie

Im Fokus der marxschen Analsye steht der Wert bzw. die Werttheorie. Der Wert muss als das zentrale Moment des Kapitalismus verstanden werden, er ist sowohl eine soziale als auch eine ökonomische Kategorie. Im Übergang von der feudalistischen Gesellschaft zur kapitalistischen Gesellschaft (ca. am Anfang des 18. Jahrhunderts) gab es zunächst keine grundlegende Veränderung des Klassenverhältnisses. Der Knecht wanderte in die Stadt und arbeitete auch dort in einem hierarchischen Verhältnis, nur „diente“ er dieses Mal nicht dem Lehensherren, sondern dem Fabrikbesitzer. Der Produktionsprozesses wurde aber fundamental verändert durch die Etablierung eines Systems der Konkurrenz und Profitsteigerung. Durch den Einsatz von Maschinen veränderte sich sowohl die Situation der Arbeiter_innen als auch die Handlungen derselben. Der Einsatz von Technik hat bei Marx zwei Funktionen: die Technisierung kann einerseits zu einem gesellschaftlichen Fortschritt führen, weil die Menschen immer weniger arbeiten müssen und sich daher selbst emanzipieren können. Andererseits gefährdet der Einsatz von Technik die Zusammensetzung der gesellschaftlichen Klassen, denn ein stetiges Konfliktpotenzial wird sowohl zwischen Proletariat (der Arbeiterklasse) und der Bourgeoise (der herrschenden Klasse) als auch innerhalb dieser Klassen aufgebaut.

Die größte Unterscheidung des Kapitalismus zu seinen Vorgängergesellschaften ist, dass der Reichtum nunmehr in einer Warenform ausgedrückt wird. Als Ware bezeichnet man etwas, dass getauscht wird, die Ware besitzt also einen Tauschwert und einen Gebrauchswert. Der Gebrauchswert eines Stuhls würde darin bestehen, dass man auf ihm sitzen kann – diese Funktion ist unabhängig davon, ob der Stuhl getauscht wird oder nicht. Wenn ich jetzt aber den Stuhl eintausche, z.B. gegen 50 Kartoffeln, dann würde der Tauschwert des Stuhls 50 Kartoffeln ausmachen. Wenn ich den Stuhl nicht tauschen will, dann hat er keinen Tauschwert, sondern nur einen Gebrauchswert. Diese Unterscheidung von den beiden Wertformen ist die fundamentale gedankliche Leistung in der Theorie von Karl Marx, denn sie zeigt auf, dass eine Ware immer eine „natürliche“ und eine „gesellschaftliche“ Eigenschaft besitzt. Marx nennt diese Funktion auch den „Doppelcharakter der Ware“.

Die Neubestimmung der Arbeit

Eine besondere Form der Ware ist die Arbeit. Marx unterscheidet zwischen konkreter und abstrakter Arbeit. Die konkrete Arbeit beschreibt die Verausgabung der Arbeitskraft, also wie viel Zeit und Kraft ich persönlich in die Anfertigung des Stuhls stecke. Die

abstrakte Arbeit beschreibt das gesellschaftliche Abbild, also zu welchem Preis der Stuhl gehandelt wird. Durch diese Unterscheidung wird der sogenannte „Fetischcharakter“ der Ware deutlich, der Preis wird als „natürliche“ Eigenschaft der Ware dargestellt und verschleiert dabei welche konkrete Arbeit hinter dem Produktionsprozess steckt.

Das besondere des kapitalistischen Systems ist es, dass über die Arbeitskraft versucht wird einen Mehrwert zu erreichen, d.h. einen Wert für das Produkt zu erlangen, der über dem eigentlichen Wert der Produktion liegt. Für den/die FabrikbesitzerIn ist es ökonomisch nicht vorteilhaft, wenn er/sie den Stuhl nur für den Preis verkaufen würde, der sich nur aus dem Material, aus dem der Stuhl besteht, und der Arbeitskraft, die in die Produktion des Stuhls gesteckt wurde, zusammensetzt. Der gesellschaftliche Mehrwert führt demnach zu einem gesellschaftlichen Profit und zu dem Zeitpunkt, wo z.B. ein Fabrikbesitzer einen Stuhl mit einem Mehrwert produziert tritt er in Konkurrenz zu anderen Fabrikbesitzern. Dem ersten Fabrikbesitzer reicht es natürlich nicht aus, wenn er sein Produkt nur teurer macht und seine Konkurrenten weiterhin den Stuhl für den natürlichen Preis verkaufen. Daher muss der erste Fabrikbesitzer die Arbeitskraft und die Materialien reduzieren und in kürzerer Zeit mehr Stühle produzieren als seine Konkurrenten, um auf dem Markt überlebensfähig zu sein. Das kapitalistische System basiert nach Marx daher auf der größtmöglichen Ausbeutung der arbeitenden Klasse. Zu immer niedrigeren Löhnen und zu immer schlechteren Bedingungen soll immer mehr produziert werden, wobei die Arbeiter_innen nicht direkt von ihren produzierten Waren profitieren sollen. Dies kann man im Sinne Marx als die Entfremdung der Arbeiter_innen von ihrer Arbeit ansehen. Der/die Arbeiter_in stellt nur noch Waren her, die auf dem Markt angeboten werden, aber er/sie stellt die Waren nicht für den eigenen Gebrauch her.

Die Folgen des Kapitalismus

Dieser Wettbewerbsdruck um Profit ist ständig gesellschaftlich umkämpft, weshalb der Kapitalismus als System permanenten gesellschaftlichen Kämpfen ausgesetzt ist und Krisen des Kapitalismus daher systemimmament sind. Aus dieser Systemlogik von Marx lassen sich folgende Schlüsse ziehen, die auch für die aktuelle Debatte um die Finanzkrise wichtig sind:

1. Profitmaximierung und die Akkumulation (Vermehrung) des Mehrwerts sind systemisch bedingt und nicht in der „Gier“ einzelner Personen angelegt

2. Daraus folgt, dass nicht einzelne Personen (z.B. Banker_innen, Manager_innen oder Politiker_innen) für Krisen im Kapitalismus verantwortlich sind, sondern dass der Kapitalismus die Krise selbst hervorbringt.

Marx sieht im Kapitalismus das Strukturprinzip unserer Gesellschaft. Nicht nur die Arbeitswelt ist von den Auswirkungen des Kapitalismus betroffen, auch alle anderen Lebensbereiche (Bildung, Beziehungen zwischen Menschen, Sexualität) werden durch kapitalistische Normen geprägt und verändert (--> Kapitalisierung der Zivilgesellschaft). Unsere heutige Gesellschaft sei demnach nicht losgelöst von kapitalistischen Mechanismen zu denken und eine Kritik der Gesellschaft müsse daher alle gesellschaftlichen Lebensbereiche erfassen.

Dies würde auch den großen Einfluss von Marx auf die gesamte Wissenschaft und seine bis heute gültige Aktualität erklären. Marx theoretische Ideen haben nicht nur ihren Eingang in die Sozialwissenschaften gefunden, er wird auch in der Psychologie, Geographie, Architektur oder im Recht diskutiert. Eine Beschäftigung mit seinen Analysen ist daher unumgänglich, möchte man auch heute den Versuch starten nicht nur die Folgen von aktuellen Krisen zu interpretieren, sondern auch die Ursachen zu ergründen.

Buchtipps:

* Karl Marx, Das Kapital, Bd.1: Der Produktionsprozess des Kapitals (Gebundene Ausgabe)

* Michael Heinrich, Kritik der politischen Ökonomie: Eine Einführung

Maximilian Pichl (22) war von 2008-2009 im Bundesvorstand der GRÜNEN JUGEND. Er studiert Rechtswissenschaft und Politikwissenschaft an der Goethe-Uni in Frankfurt am Main und ist dort aktiv im „Arbeitskreis Kritischer Jurist_innen“.

Lernst du schon oder sparst du noch?

Januar 2010. Bald ist es wieder soweit, die Uni räumt mein Konto und bucht 730,56 Euro ab. 500 Euro davon sind Studiengebühren, wie es überall in Niedersachsen der Fall ist. Ich fange an zu träumen, was ich mit 500 Euro hätte machen können, beginne zu grübeln, wo ich das Geld herbekomme und frage mich: Was macht die Uni eigentlich damit?

Die Verwendung der Studiengebühren ist gesetzlich festgelegt. Das niedersächsische Hochschulgesetz besagt, dass die Gelder nur eingesetzt werden dürfen, um das „Betreuungsverhältnis zwischen Studierenden und Lehrenden zu verbessern, zusätzliche Tutorien anzubieten und die Ausstattung der Bibliotheken sowie der Lehr- und Laborräume zu verbessern".

Wie wird das Geld wirklich ausgegeben? Die Universitäten haben sich ein simples System zunutze gemacht, dieses Gesetz zu umgehen. Der reguläre Topf wird gekürzt. Also der, aus dem üblicherweise Ausstattung und Lehrpersonal finanziert werden. Bestimmte Bücher werden nicht mehr angeschafft, auslaufende Arbeitsverträge nicht verlängert und somit freie Stellen nicht mehr besetzt. Die besagten Bücher gelten nun als zusätzliches Lehrmaterial und die unerledigten Aufgaben der weggefallenen Stelle werden bald von einer studentischen Hilfskraft bearbeitet. Wie kann das finanziert werden?

Mit Studiengebühren! So spart die Uni also Geld, im Gegensatz zu uns Studierenden. Wir müssen blechen und haben eigentlich keine zusätzliche Ausstattung oder ein weiteres Tutorium.

An der TU Braunschweig wird zur Zeit das Audimax renoviert und viele der dort stattfindenden Vorlesungen wurden in ein dafür aufgestelltes Zelt oder in das Kino verlegt. Tische gibt es keine, es sei denn, man bezeichnet seinen Schoß als solchen. Nach Protest der Studierenden wurden zumindest Klemmbretter als so genannte „mobile Tische" ausgehändigt. Ob dies nun ein ausreichender Zustand ist, sei dahingestellt. Aus Studiengebühren finanziert dürfen solche Anschaffungen natürlich nicht, dennoch sollte eine ausreichende Ausstattung grundsätzlich gegeben sein!

Weiterhin ist Tatsache, dass die Gelder dennoch nicht vollständig ausgegeben werden und das restliche Geld buchstäblich auf den Konten liegen bleibt. Manche Fakultäten haben mehr Geld auf der hohen Kante, als sie einnehmen. Zur derzeitigen Wirtschaftslage verliert es dabei an Wert.

500 Euro für ein Semester scheint inzwischen für viele Abiturienten außerdem ein Grund zu sein, sich gegen eine akademische Laufbahn zu entscheiden. Für 18.000 SchulabgängerInnen (Jahrgang 2006) stellten die Studiengebühren ein Hindernis dar, wobei 6.000 AbgängerInnen es aus Finanzierungsgründen gänzlich ausgeschlossen haben.

Hier noch eine Anekdote aus dem nordrhein-westfälischen Münster. Hier wurde kürzlich ein 22-jähriger von einem 25-jährigen Unbekannten, der mit einem Spielzeugmesser bewaffnet war, bedroht. Der Mann verlangte Geld und antwortete auf die Frage wofür er es brauche kurz: „Für Studiengebühren!" und entfernte sich dann.

Deutschland braucht Hochschulabsolventen, aber stellt sich dem selbst in den Weg? Was ist das für ein System in dem wir leben? Wir hindern potenzielle Studierende durch Angst vor Geldnot am Studieren?

Wir von der Grünen Jugend lehnen solch ein sozial selektives System kategorisch ab. Wir fordern kostenlose Bildung für jeden und plädieren für die Abschaffung der Studiengebühren!

IDA EPKENHANS (20) STUDIERT WIRTSCHAFTSINGENIEURWESEN FACHRICHTUNG BAU AN DER TU BRAUNSCHWEIG UND HAT SICH AN DEN PROTESTEN FÜR BESSERE BILDUNG BETEILIGT

Alternativen zur kapitalistischen Sozialpolitik

Viele Bürger_innen Deutschlands haben es mittlerweile begriffen. Die Sozialpolitik ihres Landes ist am Ende und ein Sündenbock dafür ist schnell gefunden. Der internationale Kollaps des Banken- und Börsensystems wird dafür verantwortlich gemacht. Hinter den Deckmantel der aktuellen Weltwirtschaftskrise liegt aber eine objektive Betrachtungsweise der sich natürlich entwickelten Umstände versteckt. All das fing 2007 mit dem Fall des amerikanischen Immobilienmarkts an und es endete in der Gründung einer konkurrierenden Wirtschaftsidee zur aktuellen Situation: „Green New Deal“ contra Soziale Marktwirtschaft.

Subjektiv gesehen ist die öffentliche Meinung gerechtfertigt. Schuld an der aktuelle Finanzkrise ist oberflächlich betrachtet tatsächlich ein Versagen des amerikanischen Immobilienmarkts. Auf Grund der stetig ansteigenden Verwendung von Subprime-Krediten (Kredite mit niedriger Bonität) zum Häuserkauf in Amerika verschuldete sich eine große Menge von ärmeren Privathaushalten. Dies kollidierte 2007 mit den kontinuierlich ansteigenden Leitzins der amerikanischen Zentralbank, der viele Banken zu einer Erhöhung ihrer eigenen Zinssätze zwang. Die Privathaushalte traf dies natürlich besonders schwer. Es zwang sie zum Verkauf ihrer auf Kredit gekauften Häuser. Im Nachfolgenden fielen die Preise vieler Immobilienobjekte drastisch in den Keller und dies zerstörte wiederum Investmentbanken wie die „Lehman Brothers Inc.“ Und die „Hypo Real Estate“, die darin Geld angelegt hatten. Durch ihre Insolvenz erreichten die amerikanischen Probleme auch uns. Danach geschah allerdings etwas Unerwartetes. Eine allgemeine Verschiebung der Schuld an unseren Sozialprobleme auf Amerika fand statt.

Objektiv gesehen ist daher wohl hinzuweisen auf eine schon seit Jahrzehnten da gewesene Mentalität. Nicht etwa der amerikanische Immobilienmarkt sorgte für die Krise unserer Banken. Viel mehr war es die kapitalistische Handlungsweise und die alleinige Zentralstellung des Geldes im Wirtschaftskreislauf. Dabei wurde häufig ein personeller und ökologischer Schaden in Kauf genommen wie auch bei den aktuellen Problemen. Nicht nur der Verlust des Dachs über dem Kopf in vielen Haushalten, sondern auch die Belastung der Umwelt mit sinnlos gebauten Häusern ist wieder hinter den Problemen des Geldes in Deckung gegangen.

Deswegen haben sich einige Leute gefragt wie die Menschheit am Besten vor solchen Mechanismen der Verschleierung bewahrt werden kann. Vor allem war es diesen Menschen aber auch ein Wunsch ein System zu entwickeln, das in Zukunft für eine ausgewogenere Wirtschaftsweise sorgen könnte. Der „Green New Deal“ ist eine Alternative, die vor allem für Arbeitnehmer und solche, die kein eigenes Einkommen besitzen, Fortschritte bringen möchte. Daher gibt es klare Konkurrenz zwischen ihr und unsere aktuelle Sozialpolitik und Wirtschaftsweise.

Zunächst einmal lassen sich Differenzen in der Wirtschaftspolitik sehen. Wo es in der aktuellen Politik heißt „Weniger ist mehr“, wirbt der „Green New Deal“ mit Investitionen in Clear-Tech (Technologie für die Verbesserung der Umwelt) und eine klare Stellung des Staates als Nachfrager. In Form eines Abbaus der Bürokratie und einer kompletten Befreiung der Wirtschaft von Genehmigungsverfahren wird unsere jetzige Situation gipfeln. Hingegen könnten intelligente Investi-

tionen nach „Green New Deal“ zu einer Stärkung des Standorts Deutschland führen. Dass eine Einmischung in unsere Wirtschaft von Seiten des Staates nicht von heute auf morgen geschehen kann, ist dabei jedoch klar.

In Sachen Schutz der Ressourcen hat der „Green New Deal“ (GND) einen Schwerpunkt. Nicht nur die Erhaltung der Artenvielfalt, sondern auch die Ausweitung der regenerativen Energien wird angestrebt. Dies soll auch international, wenn nötig mit Druck, erreicht werden. Unsere Soziale Marktwirtschaft hingegen sorgt in Hinblick auf die steigenden Standortverlagerungen, aufgrund kapitalistischer Denkweisen, aus Deutschland in Länder mit niedrigeren Umweltstandards zu einem Stillstand des Umweltschutzes von Staatsseite. Der letzte Beweis hierfür war die Klimakonferenz Kopenhagen.

Bildungstechnisch sind die Trends eindeutig auf beiden Seiten. Sowohl der Green New Deal als auch in Zukunft die Soziale Marktwirtschaft wollen eine Verbesserung der Bildung durch mehr Investitionen erreichen. Allerdings ist der Weg grundlegend verschieden. Der „Green New Deal“ sieht im Mittelpunkt den Zugang für alle Menschen zur Bildung und klare Konzentration auf Sozial- und Umwelterziehung. Soziale Marktwirtschaft ist darauf ausgelegt durch die Bildungsinstitutionen Geld für die Bildung zu generieren. Studiengebühren sind ein Beispiel dafür unter vielen. Außerdem soll Bildung für die Schaffung der Ressource Wissen genutzt werden. Mit anderen Worten ist es am wichtigsten Eliten auszubilden und nicht grundlegend die Bevölkerung.

Der größte Unterschied zwischen dem GND und unserer jetzigen Sozialen Marktwirtschaft lässt sich jedoch in der Mentalität sehen, die hinter den Ideen steht. Wo sich der GND durch den Grundsatz des Gleichgewichts von einem sozialen Fortschritt und einen wirtschaftlichen Fortschritt um eine bleibende Zukunft bemüht, liegt es der jetzigen Sozialen Marktwirtschaft nur noch daran eine Lösung auf die durch Globalisierung neu aufgekommene Konkurrenz zu finden. Dabei unsere sozialen Standards denen eines Landes, was den Menschenrechtskatalog häufig ungestraft verletzt hat, anzupassen wird so kurz oder lang das Ziel sein müssen.

Alles in allem ist es jedem selber überlassen wie er sich für die Zukunft entscheidet, denn beide Systeme haben gewisse Vorteile und Nachteile. Der GND besitzt als größten Vorteil die Konservierung von sozialen und ökologischen Standards. Nachteilig bleiben die Kosten und die Anstrengungen bei einer Wirtschaftsumstrukturierung, die bleibend sein soll. Die jetzige Soziale Marktwirtschaft bleibt die günstigste und vielleicht sogar schnellere Alternative. Nachhaltiger wird mit Sicherheit der „Green New Deal“ bleiben. In diesem Sinne sollte man sich selber eine Meinung bilden.

Patrick Haase (19) ist seit 2009 in der GRÜNEN JUGEND und hat die neue GRÜNEN JUGEND LÜNEBURG mit gegründet. Er befindet sich gerade im Abitur und ist auch seit 2009 Mitglied in der Igel-Redaktion

Zeremonielles Tauschsystem in Neuguinea

In unser westlichen, uns bekannten Welt findet wirtschaftliches Handeln im Rahmen des kapitalistischen System statt. In unserm Alltag ist es üblich Geld gegen Ware und Dienstleistungen zu tauschen. Für 89 Cent bekommt mensch eine Tafel Schokolade, für 2,99 Euro eine Flasche Shampoo. Ware gegen Ware zu tauschen liegt weit zurück in der Vergangenheit und ist heute nicht mehr vorstellbar. Zwei Äpfel gegen ein Ei? Wohl kaum! Ohne Geld geht nichts mehr.

In Papua Neuguinea hingegen ist es noch gar nicht so lange her, dass Geld für einen Großteil der indigenen Stämme gar nicht existent war. Es ist die zweitgrößte Insel der Erde und liegt nördlich von Australien. In der Hauptstadt Port Moresby leben etwa 250.000 Menschen. Dort gibt es Hochhäuser, Universitäten und Schulen und alles läuft ähnlich wie im Westen ab. Allerdings leben 75% der Neuguineer_innen auf dem Land, wo alles viel schlichter und ärmer ist und stark an alten Traditionen festgehalten wird. Dazu gehört teilweise auch das zeremonielle Moka-Tauschsystem, welches vor 30-40 Jahren noch ganz normaler Alltag war. Ware wurde gegen Ware getauscht. Erst in den 70er Jahren nutzen die Ureinwohner_innen Neuguineas Muscheln als Währung, welche auch heute noch als Zweitwährung akzeptiert wird. Es gibt sogar eine weltweit einzigartige Muschelbank, wo die Muscheln in die Erstwährung Kina umgetauscht werden können. Trotz allem waren die Stämme früher nicht auf Geld, in welcher Form auch immer, angewiesen. Sie tauschten Schweine sowie deren Fleisch, welche einen hohen ökonomischen Wert, aber auch zeremonielle Bedeutung hatten und diverse Muschelsorten, da diese bereits damals als Statussymbole galten. Andere Tauschware, deren zeremonieller Wert sich in Grenzen hielt, waren Schneckenhäuser, Kasuare (Laufvögel), verschiedene Axtklingen, Salz und diverse Öle und Farben zum Bemalen der Haut.

Die Schweine wurden selten gegessen, da ihr Wert größer war, solange sie lebendig und im Besitz eines Häuptlings, eines so genannten Big-Man, waren. Diese waren, in einer männerdominierten Gesellschaft, die Hauptausführenden der Moka-Tauschzeremonien.

Das Tauschsystem beruht immer auf Wettbewerb. Ziel ist es nämlich immer mehr zurück zu geben, als mensch bekommen hat. Schlägt das fehl, weil einer der beiden Big-Men nicht genug Tauschware besitzt, so verliert er an Status und Ansehen. Umso mehr zurückgegeben wird, umso höher der Status- und Prestigegewinn. Da die Big-Men sehr empfindlich reagieren, wenn sie beschuldigt werden, zu wenig gegeben zu haben und ihre Schulden nicht beglichen zu haben, kommt es oft zu Streit und Konflikten, welche zum Teil sogar zu Handgreiflichkeiten führen. Trotz allem hat sich der Moka-Tausch über die Jahre mehr und mehr zu einer Alternative zum Krieg zwischen den einzelnen Stämmen und Klans entwickelt und trägt somit zum Frieden bei.

Die Zeremonie, die mit dem Tausch verbunden ist, findet auf den Zeremonieplätzen der beteiligten Big-Men statt. Jeder dieser politischen Vertreter besitzt einen solchen Platz, aber auch die einzelnen Gruppierungen, die er vertritt, fühlen sich einem Platz zugehörig. Deshalb helfen sie auch beim aufwendigen Anlegen: Es wird ein Männer-Zeremoniehaus gebaut und

eine kreisförmige Fläche wird von Pflanzen befreit, nur um dann mit einer speziellen Bedeutung behaftete Bäume und Büsche an den Rand zu pflanzen. Es ist Aufgabe der Männer den Platz ordentlich zu halten und die Pflanzen regelmäßig zu beschneiden, so dass die ebene Fläche in der Mitte nur von Gras und Blumen bedeckt ist und für die Zeremonien geeignet ist. Außerdem werden sowohl bei Erstellung als auch bei Nutzung des Platzes spezielle Riten und Zauber durchgeführt, um Wohlstand zu fördern und anzuziehen.

Jeder Tausch folgt einem bestimmten Ablauf. Erst müssen diverse Vereinbarungen wie zum Beispiel über den Zeitpunkt des Mokas getroffen werden. Es werden außerdem mehrere Vorbereitungstreffen durchgeführt, bei denen besprochen wird, wer wie viel geben wird und was die Tauschpartner zu erwarten haben.

Damit der eigentliche Tausch stattfinden kann, muss der Zeremonieplatz vorbereitet werden. Zuerst wird er gesäubert und danach werden für jedes zu vergebene Schwein in einer Reihe Pfähle aufgestellt, was vor allem einen symbolischen Charakter hat. Dabei gilt: Je länger die Reihe der Pfähle, desto größer das Ansehen der Platz-Besitzer. Wenn die Tauschpartner auf dem Zeremonieplatz zusammenkommen sind sie auffällig bemalt und tragen Blumen und Federn in den Haaren und um den Hals. Zuerst halten sie dann Reden über die Vergangenheit ihrer Gruppen und bereits abgeschlossenen Moka-Tausch. Dabei sind auch oft andere Tauschpartner anwesend, die sich einen Eindruck des Tauschverhaltens schaffen wollen oder überprüfen, ob ihnen bereits versprochene Gaben hier

vergeben werden. Ist der Tausch abgeschlossen und sind alle zufrieden, wird ein Fest vorbereitet, um die neuen Errungenschaften zu feiern. Dabei wird getanzt und es werden weitere Reden gehalten. Es ist jedes mal etwas besonderes und wird wertgeschätzt.

Zum Vergleich: wie oft wir heutzutage etwas kaufen -täglich- und wie normal das für uns geworden ist. Weder Nahrungsmittel noch Gegenstände, die wir nicht wirklich brauchen und die nur zur Unterhaltung dienen, bereiten uns solche Freude, dass wir es feiern würden.

Anmerkung: Ich habe in diesem Artikel kaum gegendert, da es sich wirklich nur um Männer handelt.. Es ist nicht üblich in Neuguinea, dass Frauen am Moka-Tausch als Tauschpartnerinnen teilnehmen, da eine strenge Geschlechtertrennung in den verschiedenen Aufgabenbereichen herrscht.

Judith König (20) ist Igel-Redakteurin und studiert im ersten Semester Ethnologie an der Universität Leipzig. Aber nicht mehr lange!

Der Preis unserer Kleidung

Unsere Kleidung wird hauptsächlich in Billiglohnländern, meist unter äußerst schlechten Arbeitsbedingungen, produziert. Gerade in Bangladesch spielt der Textilmarkt eine große Rolle. Was sind die Gründe für die derzeitige Situation? Was sind mögliche Lösungsansätze?

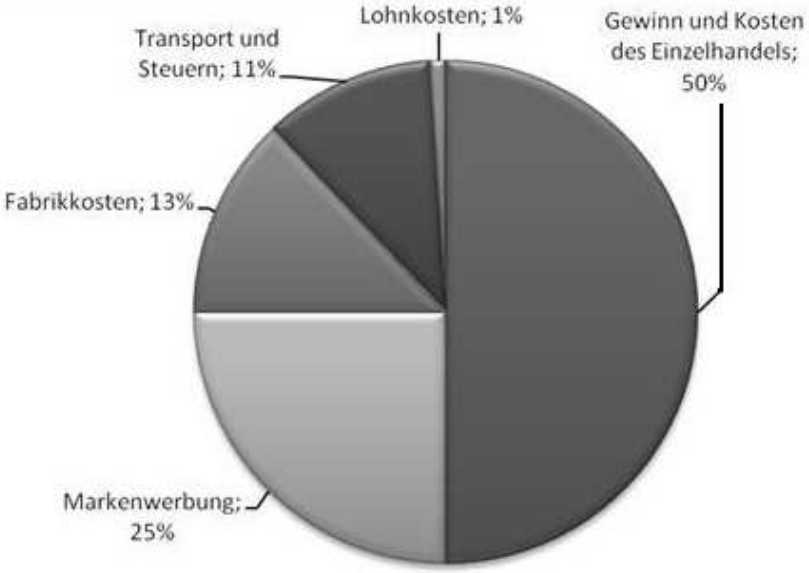
Das Land Bangladesch und die Rolle der Textilindustrie

Bangladesch liegt östlich von Indien und ist durch das Flussdelta des Ganges, Brahmaputra und Meghna geprägt. Dieses verzweigte Flusssystem ist für die enorme Fruchtbarkeit des Bodens verantwortlich, weshalb hier in der Vergangenheit viele Menschen ansiedelten. Das Land ist mit seinen über 1000 Einwohner_innen pro km² der dichtest bevölkerte Flächenstaat der Erde. Dies führt zu vielen Problemen, denn obwohl es drei Ernten im Jahr gibt, leidet ein großer Anteil der Bevölkerung an chronischem Hunger, weil die Anbauflächen nicht ausreichen. Ein großer Teil der Arbeitskraft muss in die Sicherstellung der eigenen Ernährung investiert werden (60 % der Erwerbstätigen arbeiten in der Landwirtschaft), weshalb kaum die Möglichkeit besteht den Reichtum des Landes durch Exportgüter zu erhöhen.

Die mit Abstand wichtigsten Exportgüter sind mit ca. 75% Anteil des Außenhandels Textilprodukte. Der rasante Aufschwung in der Textilbranche begann in den 80er Jahren des letzten Jahrhunderts, als ausländische Einkäufer_innen vermehrt Textilien aus Bangladesch kauften, weil es durch seine Armut vom Welttextilabkommen ausgenommen war. Das heißt es durften im Gegensatz zu anderen Ländern unbegrenzt Waren ausgeführt werden. Die Textilwirtschaft wächst zwar weiterhin, doch sie ist alles andere als eine sichere Einnahmequelle. Das Welttextilabkommen wurde im Zuge der Liberalisierung des Weltmarkts 2004 aufgelöst; seitdem muss Bangladesch mit anderen Ländern wie zum Beispiel Indien und seit diesem Jahr auch China, das bislang noch an Quoten gebunden war, konkurrieren. Im Vergleich zu diesen Ländern hat Bangladesch den Nachteil, dass die Rohstoffe für die Textilindustrie importiert werden müssen; sie können nicht wie in anderen Ländern vor Ort angebaut oder produziert werden. Dies macht Bangladesch abhängig von den Preisen auf dem Weltmarkt. Grund dafür, dass die Textilbranche nicht zusammengebrochen ist, sind das geringe Lohnniveau und gefestigte Handelsbeziehungen mit dem Ausland, vor allem mit Deutschland und den USA.

Arbeitsbedingungen und der Einfluss der Konsument_innen

In den Textilfabriken Bangladeschs wird gegen viele Kernarbeitsnormen der Internationalen Arbeitsorganisation ILO („International Labour Organization") verstoßen, obwohl sich das Land als Mitglied zur Einhaltung verpflichtet hat. Viele Beschäftigte müssen bis zur Erschöpfung arbeiten, um den vollen Lohn zu erhalten oder um nicht entlassen zu werden. Es muss ein gewisses Pensum am Tag erreicht werden, das ohne Überstunden selten zu bewältigen ist, so ist mit einer Wochenarbeitszeit von bis zu 100 Stunden zu rechnen. Hinzu kommt, dass der Monatslohn zwischen dem gesetzlichen Mindestlohn von 1662 Taka (ca. 16 Euro) und 2250 Taka (ca. 22 Euro) schwankt, womit es nicht möglich ist sich aus der Armut zu befreien. Zusätzlich ist die Bezahlung von Überstunden undurchsichtig und wird willkürlich von den Vorgesetzten bestimmt. Außerdem fehlt den meisten Arbeiter_innen ein schriftlicher Arbeitsvertrag, um sich wehren zu können. Es gibt wenige Gewerkschaften und es ist ein Risiko sich als Mitglied zu erkennen zu geben. Betriebsräte gibt es keine. Proteste von Angestellten



So setzt sich der Preis für ein Kleidungsstück zusammen, **Quelle**: „Wer bezahlt unsere Kleidung bei Lidl und KiK", herausgegeben von der Kampagne für „saubere" Kleidung

werden mit Polizeigewalt brutal

niedergeschlagen und entwickeln sich in dem politisch instabilen Land schnell zu Massenunruhen mit politischem Hintergrund.

Ein weiterer negativer Punkt ist, dass Frauen für gleiche Arbeit geringer als Männer bezahlt werden, außerdem wird von Belästigung und Misshandlung durch Vorgesetzte und Wachpersonal berichtet. Die Sicherheitsvorkehrungen und Hygiene in den Fabriken sind nicht ausreichend, so dass in den letzten 15 Jahren etwa 300 Menschen durch Fabrikbrände ums Leben kamen. Der Einsturz einer Textilfabrik im Jahre 2005 kostete 65 Menschen das Leben. Deutsche Händler, wie zum Beispiel New Yorker, die dort produzieren ließen, zahlten bislang keine Entschädigungszahlungen an verletzte Opfer und Hinterbliebene.Müssen wir uns da nicht zwangsläufig folgende Frage stellen: Wie tragen wir als Konsument_innen zu diesen Bedingungen bei? Der Preisverfall im Bekleidungssektor im Allgemeinen und auch die Marktgewinne von Textil-Discountern wie beispielsweise KiK, trägt zum Druck auf das Lohnniveau in den produzierenden Ländern bei. Die Grafik zeigt, dass der Anteil der Lohnkosten nur ein Prozent des Verkaufspreises ausmacht. Das heißt, für die Herstellung eines T-Shirts, das bei H&M oder C&A für 4,99 Euro verkauft wird, erhält ein_e Arbeiter_in in Bangladesch gerade mal fünf Cent.

Der Textilmarkt wird von Unternehmen beherrscht, die weltweit operieren und eine erhebliche Macht auf die Lieferbetriebe ausüben können. Unter der Androhung, eine andere Bezugsquelle zu wählen, können Forderungen leicht durchgesetzt werden. Als Folge des Verlangen der Konsument_innen nach mehr Auswahl und öfters wechselnden Kollektionen, müssen die Lieferant_innen deshalb schneller und flexibler die Bestellungen bearbeiten, wobei die Arbeiter_innen die Leidtragenden sind. Zusätzlich wälzen die einkaufenden Betriebe das Risiko auf die Lieferfirmen ab, indem sie nur noch eine Kaufgarantie für die halbe Lieferung abgeben. Es kann also vorkommen, dass die Produzenten auf Waren sitzen bleiben, weil der Markt kein Interesse mehr daran zeigt.

Wege zur Besserung

Sollen wir also keine Textil-Produkte mehr aus Bangladesch kaufen? Nein. Denn die Textilwirtschaft ist eine der wenigen Möglichkeiten ausländisches Kapital ins Land zu holen. Außerdem bietet diese Branche vor allem bangladeschischen Frauen die Chance Arbeit zu finden und finanzielle Unabhängigkeit zu erlangen, denn circa 85% der Beschäftigten sind weiblich.Vielmehr müssen wir von den einkaufenden Unternehmen eine faire Bezahlung der Zulieferer und eine kompetente Überwachung der Arbeitsbedingungen in den Betrieben fordern. Bislang versichern zwar viele Firmen menschenwürdige Zustände vor Ort, doch Beobachter werden oft in „Alibi-Betriebe“ geführt, in denen bessere Umstände herrschen als in Subunternehmen, die einen Großteil der Waren fertigen.Doch es ist damit zu rechnen, dass in Zukunft die Textilhändler_innen ihre soziale Verantwortung ernster nehmen werden, denn bei vielen Käufer_innen spielen heutzutage die sozialen Gesichtspunkte der Produktion eine Rolle. So wurden einige Netzwerke gegründet, die Druck auf die Unternehmen ausüben und über die Umstände, unter denen unsere Kleidung produziert wird, informieren. Im November 2009 kündigte das Versandhaus Otto an, eine Vorzeige-Textilfabrik in Bangladesch zu bauen, in der faire Löhne gezahlt werden und Arbeiter_innen Sozialleistungen erhalten. Dies ist ein Schritt in die richtige Richtung und es bleibt zu hoffen, dass die Versprechen in die Tat umgesetzt werden.

Zahlen über Bangladesch

Hauptstadt: Dhaka
Fläche: 144000 km²
Einwohner_innen: 154 Mio
Bevölkerungsdichte:
1066 Einw./km²
Währung: 1 Taka = 0,01 Euro
Human Development Index:
an Stelle 146 von 182 Staaten
Korruptionsindex:
an Stelle 139 von 180 Staaten
Alphabetisierung:
41% der Erwachsenen
Menschen unter der Armutsgrenze (weniger als 2 $ pro Tag):
ca. 75%
Bevölkerung unter der absoluten Armutsgrenze
(weniger als 1 $ pro Tag): ca. 40%

Julian König (25) studiert Bauingenieurwesen und absolviert zur Zeit ein Praktikum in Bangladesch.

Bildung in der Lobbykratie Deutschland

Die Bildungsproteste in Deutschland sind allmählich aus den Medien verschwunden, teilweise wurden kleine lokale Erfolge erzielt, doch wirklich gebessert hat sich bis jetzt nichts. Wenn man als StudentIn mit älteren MitbürgerInnen über die Bildungsproteste spricht, so mag es in der Masse eine sanfte Zustimmung geben, doch oft schlägt einem teilweise der blanke Hohn entgegen: "StudentInnen sind faul!", "...euch geht es doch gut!" oder "warum behauptet ihr für bessere Bildung zu kämpfen, bestreikt aber die Uni?". Einzelfälle, mag man hoffen, doch das eigentliche Problem ist ein anderes: Ein Großteil der Bevölkerung hat keine Beziehung zur Bildung. Sie ist den meisten Menschen kein Thema im normalen Leben, und schon gar nicht in Wirtschaftsdiskussionen, doch Tatsache ist: Deutschland lebt von Innovation und Fertigkeit, doch wo soll diese wichtige Ressource entstehen wenn nicht in einem guten Bildungssystem?

Bildung ist Zukunft, trotzdem wird eben diese kaputt gespart. Dass dies gefährlich ist sollte klar sein, speziell den PolitikerInnen in Land- und Bundestag, doch selbstverständlich auch den WählerInnen, denn diese legen den Parteien die Entscheidungsgewalt in die Hände. Mittlerweile liegen die Strippen der Macht in den Händen von Dr. Angela „Morsleben-ist-ein-tolles-Endlager“ Merkel und Guido „bezahlt-euer-Studium-selber,-die-besten-10%-kriegen-als-Ausgleich-ein-Stipendium“ Westerwelle.

Selbst den Unternehmen, die seit Jahren über den „großen Fachkräftemangel“ klagen, sorgen keineswegs für eine bessere Bildung. Bei der Umsetzung des Bolognia-Vertrages mahnten die LobbyistInnen der Wirtschaft den Bedarf für günstige Bachelor-AbsolventInnen an und trieben so unter anderem die Verschulung im Zuge des ‚Bachelor/Master-Systems an, nun kamen die ersten technischen AbsolventInnen dieser neuen „Abschlüsse“ in der Wirtschaft an und sofort geht das Gejammer weiter: Die Bachelor-AbsolventInnen sind zu theoretisch, müssen erst mit großen Anstrengungen weitergebildet werden und kosten so letztendlich ähnlich wieder.

Wir leben in einer globalisierten Welt, müssen uns bereits jetzt mit aufstrebenden Ländern wie China und Indien messen, und die wenigen Dinge welche Deutschland als Argument gegen den Rohstoffreichtum, riesigen Arbeiterressourcen und geringen Lohnkosten der Schwellenländer bieten kann ist: Forschung und Entwicklung, Qualitätswaren sowie Innovationen - Kurz: Hoch qualifizierte Arbeitskräfte. Aber wie will man dies hochhalten, wenn an unserer Bildung gespart wird, das Studium verschult und das Potenzial für Kreativität eingeschränkt wird?

Bildung ist eine verzögert wirkende Aufgabe des Staates doch wie so in den unpassendsten Bereichen erlebt man hier oft die in unserer Gesellschaft voll angekommene „Geiz ist geil“-Mentalität. Da sich Kürzungen bei den Bildungsausgaben selten direkt auswirken sind sie seit über zwei Jahrzehnten ein gern zum Sparen in Anspruch genommener Bereich in den Haushalten geworden. Doch wann wird sich die Poli-

tik darauf besinnen den bereits angerichteten Schaden wieder wett zu machen? Allerhöchste Zeit wäre es.

Es wurde bereits 2008 von Angela Merkel angekündigt 10% des Bruttoinlandsproduktes für Bildung auszugeben, doch was nun, nach einem Jahr ohne offizielles Konzept zum Erreichen diesen Zieles durchscheint, ist ein Schlag ins Gesicht: Die Länder wollen bei der Berechnung der Bildungsausgaben ansetzen, so sollen unter anderem die Versorgungsausgaben für die Lehrenden (inklusive der Pensionen), die Bereitstellung von Gebäuden (Universitäten, Schulen, etc) durch theoretische Mietwertbeiträge. Ebenfalls würden auch Kitagebühren, Schulbücher etc. in den neuen „Bildungsetat" einfließen, mit diesen Tricks würde rechnerisch damit schon 2009 die 10%-Marke erreicht sein.

Angesichts solcher Zahlenspielchen seitens der CDU und Konsorten fällt es schwer den Versprechungen der jetzigen Regierung zu glauben. Wenn aber selbst bei großen Aktionen wie dem Bildungsstreik kaum taten folgen, alle Ankündigungen sich als heiße Luft entpuppen, was braucht es dann um unser Land bildungspolitisch auf den richtigen Kurs zu bringen? Denn wenn so weiter verfahren wird, wie bisher wird das böse Erwachen erst kommen, wenn es schon zu spät ist. Dann werden uns China und Indien mit gut qualifizierten AbsolventInnen aus ihren Bildungsfabriken überschwemmen. Dann sieht Deutschland einer bitteren Zukunft entgegen.

Unsere einzige Chance ist ein komplettes Umdenken und Besinnung auf die Errungenschaften, die uns zu unserem jetzigen Wohlstand verholfen haben: Ein Staat, der uns die Angst vor Krankheit und Willkür nimmt und die Möglichkeit zur Bildung bietet. ebenso

eine Wirtschaft, welche die Bedingungen schafft, die den Arbeitenden die Zeit zur Weiterbildung und Erziehung unserer Kinder möglich macht. Doch all dies steht unter Schwarz-Gelb, zumindest für die breite Masse, unter einem sehr schlechten Stern.

Gute Zukunftsaussichten für junge Menschen? Unwahrscheinlich...

Martin Kubsda, Studiert an der Technischen Universität Braunschweig Maschinenbau, interessiert sich Politisch für Forschung und Wissenschaft sowie gesellschaftliche Themen und hat bei der Wieder-/Neugründung der Grünen Jugend Braunschweig mitgewirkt. Privat betreibt er Fotografie, Segelfliegen, Musik und Metallbau und nimmt jede politische Diskussion gerne mit.

Basisgruppenticker

Wie in jeder Ausgabe präsentiert euch der IGEL an dieser Stelle jung-grüne Aktivitäten vor Ort. Wenn ihr euren Ort nicht findet, dann werdet selber aktiv und gründet eigene eigene GJ-Basisgruppe. Ihr seid aktiv und trotzdem nicht im IGEL? Dann sagt uns Bescheid!

Die Ortsgruppe Lehrte gründet sich dieses Jahr im Anderen Kino Lehrte neu. Bisher waren wir hauptsächlich kommunal aktiv, haben aber auch Spenden gesammelt, Infostände gemacht, und arbeiten im Wahlkampf eng mit den "Alt-Grüns" zusammen. Zuletzt haben wir auf einer Anti-Nazidemo in Aligse Flagge gezeigt.Wir suchen Interessierte, die mit uns hier die GJ wiederbeleben wollen. Wir sind offen für Neues! Kontakt: www.gruene-lehrte.de/gruene-jugend-lehrte/

Unsere Arbeit besteht aus diskutieren aber auch aus aktivem Handeln. Wir sind eine knapp 10 Menschen starke Gruppe, die sich gemeinsam gegen Atomkraft und für Umweltschutz einsetzt. Regional führen wir ab und zu auch Aktionen durch: Zum Beispiel die Guerilla Masking, bei der wir 12 Statuen in Peine Mundschütze aufgesetzt haben, die wir vorher mit ACHTUNG RADIOAKTIV Warnsymbolen bemalt haben.
Liebe Grüße, Florian Thielebörger,
GJ Peine, Grünes Büro Peine,
Marktstraße 1, 31228 Peine

Hallo an alle,
bei uns in Wolfsburg drehte sich in letzter Zeit alles irgendwie um die Atomkraft. Erst waren wir im September in Berlin dabei, dann organisierten wir am 05. Oktober das "Warmlaufen für den Widerstand" in Wolfsburg und nun zu guter letzt waren wir am 28. November in Hannover bei der Anti-Atom Demo dabei, bei der man auch wieder einige bekannte Gesichter wiedergetroffen hat.
Frohe Botschaften auch in Puncto: KDF-Museum! Durch den Tod Jürgen Riegers wird es kein KDF Museum hier geben und die Nazis haben auch allesamt das Möbelhaus verlassen,was man aber auch den vielen Bündnissen hier vor Ort zu verdanken hat.
Zu uns, wir treffen uns immer dienstags um 18:00 Uhr im Naturschutzzentrum Wolfsburg.

Grüne Grüße aus der "Green-City" Wolfsburg.
Die Grüne Jugend WOB

Die GJ Stade hatte zwischen den Jahren eine kleine Pause eingelegt. Kurz vor dieser wohlverdienten Pause haben wir eine Bilanzierung unserer Aktivitäten vorgenommen. Die rechtslastige Stader CDU mit ihrer unverschämten Ablehnung von Stolpersteinen, tierqäulende Zirkusbetriebe und die gemeinsame Anti-Atom-Aktion mit den Jusos unter dem Motto „Schwarz-gelb verhindern“ kurz vor der Bundestagswahl (tja – hat leider nicht geklappt) haben uns neben vielen weiteren Themen im alten Jahr beschäftigt. Ein kleiner Ausblick: Im Jahr 2010 werden wir unser 6-Jähriges Jubiläum feiern!

Die Grüne Jugend Braunschweig hat sich am 23. April 2009 neu gegründet und ist inzwischen schon zu einer Gruppe von etwa 35 interessierten SchülerInnen und StudentInnen gewachsen.
Nachdem wir anfangs vor Allem mit organisatorischen Dingen beschäftigt waren, diskutieren wir nun bei unseren wöchentlichen Treffen über sowohl lokale als auch allgemeine politische Themen und planen dazu regelmäßig Aktionen. Beispiele hierfür sind eine Blumenaktion um unsere Stadt in jeglicher Hinsicht grüner zu machen und die „Zahnputzaktion" als Aufforderung an der Bundestagswahl teilzunehmen, frei nach dem Motto: „Wählen ist wie Zähneputzen, wenn man's nicht tut wird's braun.". Außerdem Hilferufe verzweifelter Pinguine und eines Eisbären in unserer Innenstadt anlässlich des Klimagipfels in Kopenhagen sowie eine Keksaktion um auf die fehlende Gleichberechtigung von Mann und Frau im Berufsleben aufmerksam zu machen.
Zudem waren wir natürlich auch bei größeren Demonstrationen wie am 5. September in Berlin und in Kopenhagen vertreten.
Momentan beschäftigen uns vor Ort besonders die Atommülllager Asse, Morsleben und Schacht Konrad, der geplante Ausbau des Flughafens Braunschweig/Wolfsburg, und das Volksbegehren für gute Schulen in Niedersachsen.

„Wir werden immer größer, jeden Tag ein Stück". Jaja, vergleichsweise platzt die GJ Göttingen fast schon aus allen Nähten: ca. fünfzehn Leute sind jede Woche regelmäßig bei unserem Treffen. Viel dazu bei getragen hat sicherlich ein aktionistischer Wahlkampf. Aber auch andere öffentliche Präsenz, z.B. beim Bildungsstreik oder durch unseren bunten Block auf der Conni Wessmann Demo – ein Thema, dass wir über die LMV in Gifhorn auf die GJN Ebene getragen hatten und das uns während der Demo dann auch Besuch von einigen Igel_innen von außerhalb beschert hat.
Seit einiger Zeit versuchen wir wieder inhaltlich zu arbeiten und jonglieren gleichzeitig mit ein paar Themen: der Kapitalismus lässt uns nicht los und wir setzen uns jetzt in Workshops mit ihm auseinander, in denen wir uns ganz substanziell gegenseitig bilden. Die staatliche Repression ist nicht erst seit der erwähnten Demo ein Thema, dass wir mit uns herum Tragen – und es hoffentlich bald in Form einer Podiumsdiskussion bearbeiten. Und sicher nicht vergessen ist auch der Laizismus, den wir als grundsätzliches Thema auch auf die Landesebene bringen wollen.
Mehr Aktion wird es bei uns sicher wieder geben wenn die zweite Auflage unserer „No Merkel" T-Shirts kommt und wenn es zum Sommer hin darum geht bei einer Bürger_innenbefragung endgültig eine sinnlose und umweltzerstörende Umgehungsstraße zu verhindern.

Wir sind in der Ortsgruppe Gifhorn zur Zeit etwa 7stetige Mitglieder, die sich jeden Mittwoch treffen.
Im Dezember sind 4 von uns nach Kopenhagen gefahren, um ordentlich zu demonstrieren.
Vor Weihnachten haben wir BIO Kekse gebacken und diese in der Stadt verschenkt.
Wenn der Schnee wieder schmilzt werden wir eine Klimaaktion machen, in der wir symbolisch mit einem kleinen Trauerzug Pinguine begraben, da deren Eis weggeschmolzen ist.
Außerdem haben wir uns mit den JuSos aus Gifhorn getroffen und werden voraussichtlich jetzt im Januar eine gemeinsame Aktion „Glühweinausschenken gegen die soziale Kälte" machen.

Das wars von uns,
liebe Grüße aus der Ortsgruppe Gifhorn

ANZEIGE

Neulich im Landtag

Bündnis 90/DIE GRÜNEN
im Landtag Niedersachsen
Hinrich-Wilhelm-Kopf-Platz 1
30159 Hannover
Tel. 0511/3030-4207
Email: gruene@lt.niedersachsen.de
www.gruene-niedersachsen.de

Asse II: Versuchsendlager für Gorleben!

von Stefan Wenzel
Fraktionsvorsitzender, Bündnis 90/Die Grünen im Landtag

In der ersten Teilbetriebsgenehmigung des Atomkraftwerks Brokdorf von 1985 steht: „Das Salzbergwerk Asse bei Wolfenbüttel ist für die Endlagerung von radioaktiven Abfallstoffen vorgesehen. Im Einvernehmen zwischen der Bundesregierung und der Landesregierung in Niedersachsen soll dieses Bergwerk jedoch in erster Linie als Versuchsanlage für Gorleben dienen."
Das zeigt eindeutig: Die Asse war der Prototyp für ein Endlager im Salzstock von Gorleben.
Abgeordnete von CDU und FDP reagieren heute höchst allergisch auf Vergleiche zwischen den beiden Salzbergwerken Asse II und Gorleben. Eine einfache Gleichsetzung der beiden „Projekte" ist nicht belastbar. Es gibt Unterschiede, aber es gibt eben auch frappierende Parallelen. Sowohl im geologisch-technischen Bereich als auch im wissenschaftlich-personellen Bereich. Gutachter und Institutionen, die die Asse gesundgebetet und Gorleben im gleichen Atemzug für geeignet erklärt haben, müssen sich heute fragen lassen, wie es zu den gravierenden Fehleinschätzungen in der Asse kommen konnte und warum bereits sehr früh bekannte Gefahren viele Jahre lang vertuscht wurden. 1980 schrieb ein Mitarbeiter des Bundesforschungsministeriums ans Kanzleramt und andere Ministerien: „Nach Angaben des Betreibers der Asse kann hier ein zusätzlicher Hohlraum von vier Millionen Kubikmetern entstehen. Es ist derzeit nicht klar, ob das Grubengebäude in einem solchen Fall standfest bleibt oder ob ein Tagesbruch entstehen könnte." Mit anderen Worten, ob nicht ein riesiges offenes Loch entstehen könnte. Trotz dieser Gefahren versuchte man noch bis Anfang der neunziger Jahre auch hochradioaktiven Atommüll in die Asse einzubringen.
Die Asse wurde ausgewählt, weil das Lagermedium Salz als trocken galt, heißt es in alten Akten. Der Wassereinbruch wurde deshalb von den Betreibern als der „Größte anzunehmende Unfall" (GAU) bezeichnet. Dieser Fall wurde jedoch zugleich als völlig abwegig und unwahrscheinlich ausgeschlossen.
Im Jahr 1988 kam es dann in der Asse zu einem Laugenzufluss, der sich seitdem nicht mehr hat stoppen lassen. Auch wurde bekannt, dass es schon weit vor 1988 immer wieder temporäre Laugenzuflüsse gegeben hatte.
Trotzdem behauptete man in der Öffentlichkeit, dass die Asse „für alle Zeiten" sicher ist.
Wann genau der Plan zur Trockenlagerung aufgegeben wurde ist unklar. Offenbar hatten die anhaltenden Laugenzuflüsse eine grundlegende Überprüfung erzwungen. Aus dem trockenen „Versuchsendlager" sollte eine Nasslagerung von Atommüll werden. Der Flutungsplan wurde geboren, um das Desaster vor der Nachwelt zu verbergen.
Nach weniger als einer Generation ist die Lagerung von schwachradioaktivem Müll im Versuchsendlager für Gorleben gescheitert. In Gorleben soll sogar hochradioaktiver Müll gelagert werden.
In der Asse liegt deutlich weniger als 0,1 Prozent des Atommülls, der bislang in Deutschland angefallen ist. In Gorleben sollen 99,9 Prozent des radioaktiven Inventars eingelagert werden.
Die Creme de la Creme der bundesdeutschen Endlagerforscher hat sich in der Asse bis auf die Knochen blamiert und weigert sich bis heute, selbstkritisch damit umzugehen.
Der Parlamentarische Untersuchungsausschuss im Landtag muss klären, wer die politische, juristische und wissenschaftliche Verantwortung für das Desaster in der Schachtanlage Asse trägt und wer für die Folgen haftbar gemacht werden kann, warum sich die wissenschaftlichen und politischen Aussagen zur Sicherheit der Asse als „Versuchs-", „Forschungs-" und „Endlager" für radioaktive Abfälle innerhalb weniger Jahre als völlig haltlos erwiesen haben und wie wissenschaftliche Einrichtungen, Behörden und politisch Verantwortliche darauf reagiert haben.
Die Atomindustrie muss für die Kosten der Sanierung und Lagerung nuklearer Altlasten in vollem Umfang herangezogen werden. Es kann nicht sein, dass der Staat am Ende auf weit über 20 Milliarden Euro sitzen bleibt. Die Sonderrechte und versteckten Subventionen der Atomindustrie müssen endlich abgeschafft werden.
Nach den Erfahrungen in der Asse muss Salz als Endlagermedium grundsätzlich in Frage gestellt werden. Fakt ist: Gorleben ist verbrannt und muss aufgegeben werden. Wir brauchen endlich eine ergebnisoffene vergleichende Suche in allen geologischen Formationen, um den besten Standort für ein Atommülllager zu finden. Und es muss diskutiert werden, ob man bei Atommüll nicht grundsätzlich Rückholbarkeit sicherstellen muss, um künftigen Generationen die Möglichkeit zur Fehlerkorrektur zu geben.

Broschüre der Landtagsfraktion zur Asse, siehe dazu auch unser Asse-Themenspecial: **www.gruene-niedersachsen.de**

Zurück zur Normalität

In Uganda, einem kleinen Land in Ostafrika, haben Militärgewalt und Bürgerkrieg in den vergangenen zwanzig Jahren das Leben der Bewohner maßgeblich geprägt. Kriegerische Auseinandersetzungen sind nach wie vor vielerorts an der Tagesordnung, und eine Ausgabe der Tageszeitung, in der nicht von Opfern einer Schießerei berichtet wird, ist selten.

Als 2006 in Juba (Südsudan) ein Friedensvertrag unterschrieben wurde und die letzten Widerstandskämpfer aufgaben oder in den Kongo flohen, endete nach zwei Jahrzehnten ein erbitterter Krieg. Ausgetragen worden war er zwischen der Widerstandsarmee, Lords Resistance Army (LRA), und der ugandischen Regierungsarmee in Nord Uganda. Das Ergebnis waren 1,8 Millionen Binnenflüchtlinge*, tausende Tote und eine große Zahl ehemaliger Kindersoldaten, die die Versklavung und den Krieg traumatisiert überlebten.

Heute, drei Jahre später, leben immer noch ca. 400.000 Menschen in den ursprünglichen Flüchtlingslagern. Etwa 250.000 ehemalige Flüchtlinge haben sich in so genannten Transit sites niedergelassen**. Die ugandische Regierung forciert die 'Rückkehr' der ehemaligen Flüchtlinge in ihre Ursprungsdörfer und auch die in der Region arbeitenden NGOs (Nicht-Regierungs-Organisationen) haben mittlerweile ihre Unterstützung in den Flüchtlingslagern gestoppt, dies geschah nicht immer freiwillig.

'Zurück zur Normalität' lautet die von der Regierung propagierte Devise. Doch was steckt dahinter? Gibt es unter diesen Umständen überhaupt so etwas wie Normalität?

Über 90 % der Population der von dem Krieg am massivsten betroffenen Gebiete, leben seit mindestens zehn Jahren (einige schon seit 20 Jahren) in Flüchtlingslagern. Dabei ist mehr als die Hälfte dieser Bevölkerung jünger als 15 Jahre. Ein Großteil der Bewohner des Kriegsgebietes haben noch nie Frieden bewusst erfahren können und bis heute ihren Alltag nur mit dem bestritten, was ihnen das World Food Programme und andere Organisationen zur Verfügung stellten.

Wer nun nicht verhungern will muss dorthin zurückkehren, wo seine Vorfahren einmal Land besessen haben, um dort einen Garten zu bestellen. Doch diese Arbeit ist sehr hart und ineffektiv und vielerorts gibt es keine funktionierenden Brunnen mehr. Kranke müssen meist Tagesmärsche hinter sich bringen um zum nächsten Health Center zu gelangen.

Wer die körperlichen Kapazitäten für diese schwere Arbeit und die weiten Wege nicht aufbringen kann, lebt von den Abfällen und Almosen der anderen.

Die Menschen in den ehemaligen Flüchtlingslagern erzählen davon, dass täglich einzelne Personen oder ganze Familien zurückkehren, da sie in ihren Dörfern nicht überleben könnten.

Normalität bedeutet für viele Vertriebene unterdessen das Leben im Lager. Die hingegen von der Regierung diktierte Normalität hat das Leben, ‚wie es früher einmal war', zum Ideal. Dieses verklärte Paradigma ist jedoch unter den gegebenen Umständen nicht umsetzbar, ohne den sowieso schon geringen Lebensstandard der Menschen vollends aufs Spiel zu setzten. Mag es auch damals besser gewesen sein, die Erinnerungen der meisten Menschen reichen oft nicht mehr bis zu dieser Vorkriegszeit zurück. Somit wird ein Umdenken zwingend notwendig: die entwurzelte Bevölkerung braucht neue Konzepte, statt überholter humanitärer Strategien.

In der Realität ist man jedoch noch weit entfernt von einem Umdenken, NGOs mit Konzepten abseits der staatlichen Vorstellungen laufen oft sogar Gefahr, durch restriktive Arbeitsverbote eingeschränkt zu werden.

Für die Menschen in den Lagern gibt es noch keine Chance auf Frieden und Normalität, obwohl der Krieg nun offiziell seit drei Jahren als beendet gilt. Erst wenn auch von Seiten der Regierenden die Einsicht geteilt wird, dass es kein simples ‚zurück und weiter wie bisher' geben kann, werden die Menschen ihren Frieden finden können. Doch Normalität kann und wird es dann noch lange nicht geben. In einem traumatisierten Land, das hierfür zuerst einmal zu sich selbst finden muss liegt die Chance hierzu einzig in einer Rückkehr auf neuen Wegen.

JONATHAN STRUCK (23) STUDIERT ETHNOLOGIE UND VWL IN GÖTTINGEN UND IST IN DER DORTIGEN GJ AKTIV

*: Quelle: http://www.internal-displacement.org/8025708F004CE90B/ (httpCountries)/04678346A648C087802570A7004B9719?OpenDocument (Stand 27.08.09)

**: Quelle: http://www.internal-displacement.org/idmc/website/countries.nsf/(httpEnvelopes)/2439C2AC21E16365C125719C004177C7?OpenDocument (Stand 27.08.09)

Funny van Dannen

Funny van Dannen ist ein deutscher Liedermacher, Schriftsteller und Maler, geboren am 10. März 1958 in Tüddern (NRW), damals Niederlande; eigentlich Franz-Josef Hagmanns-Dajka. Nach eigenen Angaben bestrebte er den Künstlernamen mit den meisten „n“ zu haben. Lebt seit 1978 in Berlin spielte in diversen Punk- und Jazz-Bands und stellte ab 1980 mit der Absicht Kunstmaler zu werden eigene Bilder aus. Im Jahr 2005 erreichte sein Buch „Neues von Gott“ Platz 12 der Spiegel-Bestsellerliste. Seit 1999 arbeitet van Dannen regelmäßig mit den Toten Hosen zusammen. Er ist auch an verschiedenen Liedern von den Hosen beteiligt; darunter bekannte Titel wie z.B. „Bayern“, „Schön sein“ und „Walkampf“. Funny veröffentlicht seine Alben seit 2007 beim Toten Hosen-Label JKP, und wahrt so seine schöpferische Unabhängigkeit. Seine Texte sind von Chuzpe, Ironie und Satire geprägt. Musikalisch gestaltet er seine Lieder einfach mit akustischer Gitarre und manchmal mit der Mundharmonika.

"Als sanft-lakonischer Kommentator diverser alternativer Lebensgefühle wurde er zum Hausgeist des Kreuzberger way of life.", so ein Artikel des Tagesspiegels. Dieser Hang zum Alternativen, der mit Ironie unsere Welt beschreibt, dient mir so manches Mal als Soundtrack zum GJ-Leben. Funny wirkt etwas erwachsener als die Hosen ohne dabei den Moralapostel zu mimen, er ist bissig und unterhält so seine Anhänger bei vielen Live-Konzerten mit Geist und Witz. Der Erfolg ließ ihn am Boden und so bleibt Funny an der Basis, spielt und singt ganz intim für sein mitsingendes Publikum z.B. im Pavillion in Hannover.

Politische Songs

In „Angenommen ich wär' die Gesellschaft“, klagt er mit messerscharfen Blick „Ich müsste mich dauernd verändern, mal König, mal Demokratie -mal Kopf ab und mal lebenslänglich, Hungersnöte und Bulimie -Also langweilig wäre das nicht und sinnlos auch nicht, nein. -Doch ich könnte als Gesellschaft nie so glücklich sein.“

Er belobigt die Zeit „Als Willy Brandt Bundeskanzler war“ wie ein „damals-als-wir-noch-n-Kaiser-hatten“ und amüsiert sich der Veränderungen die wir scheinbar bekamen, u.a. „es gibt die Umwelt und den neuen Mann - die Tempolimits auf der Autobahn, da war das Klima noch o.k.- und mein großer Bruder sparte für einen Opel GT“, und die Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung bietet dankend den Download an: http://www.bwbs.de/Aktuelles/166.html

Neuen Mut findet man in den Zeilen von „Genug gute Menschen“: „Wir haben alles weg gesteckt, die Pest und den Faschismus, die Cholera und Helmut Kohl, sogar den Kommunismus.“

Die aktuelle Krise mit der Frage „wie soll das weiter gehen? beantwortet er in „Yes we can!“ mit „Wir brauchen keine Sprüche, man, was wir brauchen sind Ideen.“

Und Ideen legt er in „Gutes Tun“ auch gleich vor: Bewusster Atmen, gesunde Sachen essen - mit Nazis diskutieren, die Mutter nicht vergessen - auch einmal fremden Hundekot entfernen - den Islam näher kennen lernen,...

Doch auch Funny gesteht sich ein, dass er „...einen Arbeitsplatz vernichtet hat“,“Das Auto haben wir vor 3 Jahren abgeschafft und ich hab es keinen Tag bereut, … Und wir hatten auch nie eine Putzfrau und Babysitter selten … Und wir haben noch nie richtig Urlaub gemacht nur acht-mal an der Ostsee zelten“. Schuldig singt er; „ich gehör' vor eine Gericht - Ich hätte meinen Beitrag leisten können und ich tat es nicht - Ich hätte für den Aufschwung sorgen können ich und meines gleichen - Das ist unterlassene Hilfeleistung das dürfte ja wohl reichen.“

So wie er in vielen seiner Werke das Leben und die Politik ironisch beschreibt, findet er passende Worte für unser aktuelles Titelthema Kapitalismus.

Michèle (24), studiert Architektur und ist IGEL_Redakteurin, GJ Lehrte und dort für die Grünen im Stadtrat. In ihrer Freizeit hört sie Liedermacher und singt in Sitzungen heimlich vor sich hin.

Kapitalismus
Ich will den Kapitalismus lieben, weil soviel für ihn spricht
ich will den Kapitalismus lieben, aber ich schaff' es einfach nicht.

Dabei verdanken wir ihm ein Menge, wo wäre unser Wohlstand, ohne ihn
er ist das Element, das uns verbindet, er ist der Strang an dem wir zieh'n
er holt aus jedem von uns das Beste, hoch lebe die Konkurrenz
wo gestern noch Trabbis stanken, fährt man heute BMW und Benz.

Doch was ich bin, das bin ich durch ihn, ich habe in verinnerlicht, na klar
Der Kampf um's Dasein hält mich in Bewegung, sonst wär' ich faul, na ist doch wahr.
Es ist so oft die Rede von sozialer Kälte, aber die gab's bei'm Neandertaler schon.
Jetzt haben wir wenigstens Heizung und warmes Wasser und Telefon.

Das liegt wahrscheinlich an den Scheiß-Verlierern, die sich immer auf andere verlassen
Die ihr Leben nicht geregelt kriegen und mir ein schlechtes Gewissen verpassen.
Das liegt an dieser christlichen Erziehung, an dieser komischen Schwäche für die Schwachen
Als ob das die besser Menschen wären, da kann ich ja nur lachen.

Ich will den Kapitalismus lieben, denn er liebt mich ja auch
Er hat mir so viel gegeben, ich hab' alles was ich brauch'
Obwohl ich ihn so hasste und ich habe scharf kritisiert
Aber er hat ein großes Herz, er hat mich voll integriert.

Ich will den Kapitalismus lieben, ich hoffe dass er das hört.
ich will den Kapitalismus lieben, mit allem was dazugehört.

Ich will den Kapitalismus lieben, ich will und kann es nicht
und das wird so weiter geh'n bis einer von uns zusammenbricht.

http://www.funny-van-dannen.de/
Kleiner Tipp: Passend zu den aktuellen Bildungsprotesten hat Funny den Song "Bildung" aufgenommen, der kostenlos zum Download bereitsteht.

-Ohne Titel-

Die Hose zerschlissen
Die Augen verdreht
Die Haare verworren
Der Gedanke, der steht

Ich will wie ich denke
so du und die andern,
ja mach doch mal mit

Jetzt hör auf zu kaufen
Und hör mir mal zu
erst bittend, dann nervend,
dann aggro dazu

Mit böser Miene
und schlimmerem Blick
wer kann da
noch widerstehen?

Gwen (20) studiert Kultur-und Medienpädagogik "in der Schule", auch Universität genannt, in Halle.

Erziehung zum Konsum

Zum Geburtstag, zum Weihnachtsfest oder zu welchem Anlass auch immer: Unzählige Möglichkeiten gibt es für die Kinder in Europa, Amerika und allen anderen „Industrieländern“, die Stifte zu spitzen und auf lange Listen all das zu notieren, was ein Kind zum glücklich sein eben braucht: Plastikpuppen, für Mädchen in Rosa, für Jungs mit Gewehren, Computerspiele oder gleich den ganz neuen Rechner, CDs oder vielleicht sogar Bücher. Eins haben alle Geschenke gemeinsam: Spätestens bis zum nächsten Geburtstag, Weihnachten etc. sind sie langweilig geworden, liegen in verstaubten Ecken und müssen durch neues, aufregenderes Spielzeug ersetzt werden.

Schon die Kleinsten in der Gesellschaft beherrschen so das Prinzip, welches die kapitalistische Wirtschaftsform bedingt und am Leben hält: den Konsum. Nur durch das Verlangen der Konsumenten nach immer neuen Produkten, die sie, neben den lebensnotwendigen Konsumgütern wie Nahrung oder Wohnraum, erwerben und konsumieren können, entsteht eine ausreichend große Nachfrage nach dem immer größer und breiter werdenden Angebot.

Dabei ist natürlich nicht jeglicher Konsum an sich problematisch, sondern er wird es erst, wenn er zum Selbstzweck verkommt und dadurch etwa Ressourcen unnötigerweise verschwendet werden. Geltungskonsum, bei dem Markenprodukte nur erworben werden, um gesellschaftliche Anerkennung zu gewinnen oder Konsum als Freizeitbeschäftigung in Form von „Powershopping“ verklären den Erwerb von Waren zum entspannenden Hobby oder sogar zum Sinn stiftenden Element. Vom grundlegenden Konsum, bei dem nur das erworben wird, wonach Bedarf besteht, ist dies weit entfernt. Doch woher kommt dieser Zwang, ständig kaufen zu müssen, der schon die Kleinsten in der Gesellschaft beherrscht?

Wie alles andere, was unsere Gesellschaft scheinbar so elementar ausmacht, ist natürlich auch der Konsumzwang sozial konstruiert. In Aldous Huxleys Roman „Schöne Neue Welt“ bekommen bereits Säuglinge in Konditionierungszentren ihre zukünftigen Vorlieben, Abneigungen und damit auch Konsumgewohnheiten „beigebracht“. So erhalten sie beim Anblick von Blumen Elektroschocks – denn die Liebe zur Natur bringt schließlich niemandem Profit. Damit sie aber trotzdem Geld ausgeben, um ins Grüne zu gelangen, wird ihnen dann noch die Vorliebe für Sportarten im Freien „eingeimpft“ – fertig sind die perfekten KonsumentInnen.

Derartige Holzhammermethoden sind bei uns (noch) Zukunftsmusik – dennoch haben Erziehung und soziale Prägung großen Einfluss auf das Kaufverhalten von Kindern und Jugendlichen. Unzählige Werbeblöcke und -anzeigen in allen Medien, eine Wirtschaft, die nach Wachstum und Progression um jeden Preis strebt anstatt Wert auf sinnvolles, ökologisch-soziales wirtschaften zu legen – und nicht zuletzt dutzende von „vorbildlichen“ Erwachsenen, die bei diesem Theater ohne mit der Wimper zu zucken mitspielen. Kein Wunder, dass da auch die jüngsten Mitmenschen in den kollektiven Kaufrausch verfallen.

Jeder Mensch sollte als Teil der Gesellschaft sein oder ihr Konsumverhalten kritisch überprüfen und genau überlegen, wo Buycott (also der Erwerb bestimmter Produkte) oder Boykott (also der Verzicht auf den Erwerb) sinnvoll sein können, um der Konsumgesellschaft von unten herauf die Grenzen aufzuzeigen. Nur so können wir die globalen Krisen wie die Finanzkrise, den Klimawandel und die Nahrungsmittelkrise in den Griff bekommen – und nicht zuletzt ein gutes Beispiel abgeben für die, die sich erst noch zurecht finden müssen in der schönen neuen Warenwelt.

Gebrauchsanweisung aufgedruckt: Die Tatwaffen im Kaufrausch

Steffen ist 19, macht gerade seinen Zivi in einer Kirchengemeinde in Braunschweig und ist dort bei der GJ aktiv. In seiner Freizeit konsumiert er auch gerne dies und das, versucht aber, dies auf ökologisch verträgliche Weise zu tun.

FIT FOR POLITICS – 2010

Qualifizierungsseminare – für junge Leute bis 30

STIFTUNG LEBEN & UMWELT
HEINRICH BÖLL STIFTUNG NIEDERSACHSEN | www.slu-boell.de

Projektmanagement
// 06.-07. März 2010

Erfolgreiche Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
// 10.–11. April 2010

Zeit- und Selbstmanagement
// 08.–09. Mai 2010

Mit Stimme und Körpersprache überzeugen
// 19.-20. Juni 2010

Sitzungen und Diskussionen effektiv leiten
// 04.-05. September. 2010

Die wirkungsvolle Rede
// 09.-10. Oktober 2010

Jetzt neu: **Konfliktmanagement** // 06.-07.November 2010

Ort der Seminare: Gleisdreieck e. V., Tagungshaus und politisch-kulturelles Zentrum, Hannover, www.gleisdreieck.org
Infos und Anmeldung: Stiftung Leben & Umwelt, Renate Steinhoff, Warmbüchenstr. 17, 30159 Hannover, info@slu-boell.de
Kosten pro Seminar 65,00 Eur/ erm. 45,00 Eur, bei Buchung der ganzen Reihe 390,00 Eur/ erm. 270 Eur, mit Teilnahme-Zertifikat
Kooperation: Green Campus, Weiterbildung / Politik / Management in der Heinrich-Böll-Stiftung, www.greencampus.de
sowie dem VNB-Niedersachsen e. V., www.vnb.de

ANZEIGE

Arbeit ist keine Ware! Grüne Revolution

Nach dem Banken-Crash konnte der völlige Kollaps der Wirtschaft nur mit gigantischen Rettungspaketen und Konjunkturprogrammen abgewendet werden. An den Folgen werden vor allem die Schwellen- und Entwicklungsländer schwer zu tragen haben. Die Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise in Verbindung mit den ungelösten Klima- und Gerechtigkeitskrisen zeigt deutlich, dass die herrschende Wirtschaftsphilosophie und – praxis gescheitert ist.

In einem solchen System ist das Soziale nur noch ein Kostenfaktor ohne betriebswirtschaftlichen Nutzen. Die Arbeitskraft wird zur Ware. Das hat mit den Ideen der sozialen Marktwirtschaft nichts zu tun - im Gegenteil, das ist entfesselter Kapitalismus. Wir erleben das auch in der bundesdeutschen Wirklichkeit. Nicht zuletzt auf dem Arbeitsmarkt, wenn zum Beispiel an den Börsen über „1000 Prozent Plus inmitten der Krise“ gejubelt wird und zur gleichen Zeit die Arbeitslosigkeit steigt.

Ich begrüße es ausdrücklich, dass wir Grünen uns immer entschiedener dagegen stellen. Unsere Forderungen für den Umbau des Landes sind radikal. Das Finanzsystem muss reguliert und die Macht der Manager kontrolliert werden. Die alten Industrien – besonders die bisherige Autoproduktion– werden schrumpfen, während neue Branchen wachsen müssen: Die erneuerbaren Energien, das Ökologische, die Bildung und das Soziale werden in Zukunft die Jobmotoren sein. So gesehen hat unser Grüner New Deal, mit dem wir eine Million neuer Arbeitsplätze schaffen wollen, fast etwas Revolutionäres. Denn mit Revolution ist ja die Umwälzung des bisher Gültigen gemeint. Und bisher gilt immer noch das blinde Vertrauen in Märkte und Wachstum.

Brigitte Pothmer,
Sprecherin für Arbeitsmarktpolitik
der grünen Bundestagfraktion

Gedanken zum Wirtschaftswachstum

Volkswirtschaften müssen wachsen, das ist eine oft propagierte Meinung in Gesellschaft und Politik. Wirtschaftswachstum gilt als das Allheilmittel: Damit seien sowohl Arbeitslosigkeit als auch soziale Einkommensgefälle zu bekämpfen. Außerdem läge es in der Natur des Menschen eigenen Besitz ausdehnen zu wollen. Der Run auf Wachstum ist sogar durch das Stabilitätsgesetz in den wirtschaftspolitischen Zielen der Bundesrepublik fest verankert und soll nun – man höre und staune – mittels „Wachstumsbeschleunigungsgesetz" erzwungen werden.

Warum meinen wir Wachstum zu brauchen?

Das Wirtschaftswachstum, definiert durch das Anwachsen des Bruttoinlandsproduktes, ist zum Wohlstandsindikator geworden. Wenn die Produktivität im Land zunimmt, könne die Anzahl der Arbeitsplätze ebenso wie die Löhne der BürgerInnen steigen, was wiederum dem Staatshaushalt zugute käme und die Umverteilungspolitik erleichtere. Hinzu kommt, dass ein Steigen des eigenen Wohlstands und des eigenen Kapitals motivierende Auswirkung auf ArbeiterInnen und UnternehmerInnen hat. Weiterhin übt die hohe Konkurrenz Druck auf Unternehmen aus, ihr Gewinn schneller zu maximieren als der Rest, um nicht vom Markt zu verschwinden, wodurch eine Wachstumsspirale mit Zwang zu immer mehr Produktion mit möglichst geringen Preisen entsteht.

Wirtschaftswachstum diene dem Fortschritt mittels Produktion neuer Waren, Erfindung neuer Techniken und Expansion in neue Wirtschaftszweige, um damit weiteren Wohlstand zu schaffen.

Bringt Wachstum Wohlstand?

Zunächst bleibt es jedoch kritisch, Wohlstand am Bruttoinlandsprodukt zu bemessen, da das BIP lediglich quantitative Daten über die Inlandsproduktion erhebt. Hierbei fallen Faktoren wie Freizeit, soziale Gerechtigkeit und eine intakte Umwelt jedoch nicht ins Gewicht, obwohl unumstritten ist, dass auch diese Faktoren maßgeblich für die Zufriedenheit einer Gesellschaft sind. Unfälle und (Natur-) Katastrophen wirken sich sogar positiv auf das BIP aus, da die wirtschaftliche Produktivität beispielsweise durch Aufräumarbeiten steigt. Weiterhin finden soziale Gefälle keine Beachtung, so dass eine starke Steigerung des BIPs auch mit dem Auseinandergehen der sozialen Schere einhergehen kann.

Natürliche Begrenzungen

Weiterhin bleibt zu hinterfragen, wie etwas in einer (zumindest materiell) begrenzten Welt immer weiter wachsen soll. Auf der Erde haben wir eine begrenzte Menge an Ressourcen.

Die Gesetze des freien Marktes kompensieren dies mit steigenden Preisen auf knapper werdende Rohstoffe. Dennoch gibt es keine Mechanismen, die den Erhalt dieser zum Ziel haben.

Steigendes Wachstum zieht einen steigenden Ressourcenbedarf nach sich, was früher oder später zur Erschöpfung dieser führen wird. So werden fossile Energiequellen immer knapper, die Meere überfischt, (Regen-)Wälder nicht nachhaltig abgeholzt, fruchtbare Flächen durch Bodenerosion und Überweidung weniger und Wasserspeicher nicht nachhaltig genutzt. Währenddessen wächst, konsumiert und produziert die Weltbevölkerung immer weiter.

Hinzu kommen Umweltaspekte wie Luft- und Wasserverschmutzung. Auch bei der Absorption der Schadstoffe ist die Erde begrenzt. Beim Abbau von Rohstoffen kommt es zu tiefen Eingriffen in regionale Ökosysteme und tiefe Krater und ödes Land sind

das Ergebnis. Immer noch werden Flüsse begradigt und vertieft, damit immer größere Schiffe darauf fahren können. Steigendes Wirtschaftswachstum bedeutet steigende Müllproduktion und ein weiterer wichtiger Aspekt ist der Klimawandel. Die Erde verträgt lediglich ein gewisses Kontingent an Treibhausgasen, welches schon lange überschritten wurde.

Entkopplung von Wachstum und Ressourcenerschöpfung?

In herkömmlichen Erklärungen heißt es, Wachstum sei unendlich, da Ersatzmaterialien findbar seien, der technische Fortschritt Wachstum bringe, Kontrollmaßnahmen die Umwelt schützten und eine Intensivierung möglich sei.

So soll zum Beispiel die Effizienzsteigerung mittels neuer Technologien eine Lösung für unendliches Wachstum sein. Wird die Produktion effizienter werden weniger Ressourcen und weniger Energie für den gleichen Prozess verbraucht. Dies führt jedoch nicht zu einem absolutem Sinken des Einsatzes, sondern zum so genannten „Rebound-Effekt“ (Bumerang-Effekt): Eingesparte Ressourcen oder Kapitalien werden nicht wirklich gespart, sondern genutzt, um mehr Waren produzieren oder Dienstleistungen anbieten und die Preise wettbewerbsgerecht gering halten zu können. Somit führt Effizienz zwar zu Wachstum, allerdings nicht zu einem schonenden Umgang mit Energie und Rohstoffen. Möglich wäre dies erst, wenn die Effizienzsteigerung stärker zunähme als das Wachstum, immer die neusten Technologien verwendet werden würden, deren Herstellung und Installation die Einsparungen nicht kompensieren, und die Einsparungen nicht zu einer Ausweitung der Produktion führen würden.

Ein weiterer wichtiger Punkt ist die Energiewende, die den Klimawandel aufhalten und die endlichen Ressourcen ersetzen muss. Aber macht „grüne Energie“ Wachstum unendlich? Auch die temporär zu erhaltende Menge an Energie ist begrenzt durch die Begebenheiten der Erde. Wir werden abhängig sein von Wasser, Sonne, Wind, Biomasse und Geothermie, wobei ausschließlich letztere konstant zur Verfügung steht. Auch die Herstellung beispielsweise von Solarzellen benötigt Energie und Ressourcen, während der übermäßige Anbau von Biomasse Monokulturen und Regenwaldabholzung verstärkt. Sicherlich ist ein – möglichst sofortiger - Umstieg auf hundert Prozent Erneuerbare Energien unbedingt notwendig, dennoch scheint eine unendliche Steigerung des Energieverbrauchs nicht erreichbar. Eine Ausdehnung der wirtschaftlichen Aktivitäten benötigt jedoch immer mehr Energie.

Die Formel „das Geld arbeiten lassen“, soll zu einem unendlichen Geldwachstum führen. Dabei wird Geld mittels Kreditvergabe und Zinsen exponentiell vermehrt. Diese Form der Geldwirtschaft ist jedoch eng an die Realwirtschaft und damit an Ressourcenbedarf und Energieverbrauch gekoppelt, da Kredite oftmals in Investitionen fließen. So nutzen Unternehmen Kredite, um bei der Geldvermehrung mittels Warenproduktion durch ein größeres Startkapital einen größeren Gewinn einzufahren. Aber auch private Kredite investieren in Sachwerte, deren Produktion die Wirtschaft ankurbeln.

Hinzu kommt die Erwartung nach immer größeren Gewinnabwürfen in möglichst kurzer Zeit, was zu vielen risikoreichen und nicht gedeckten Spekulationen und Handlungen geführt hat, die ebenfalls einen Teil zur gegenwärtigen Krise beitragen.

Zeit für Gedankenspiele

Da das Streben nach immer mehr auf lange Sicht keinen Erfolg haben kann, wird es Zeit für etwas Neues. Das Erreichen von gesellschaftlichem oder wirtschaftlichem Fortschritt muss nicht zwingend einhergehen mit einer Steigerung des BIPs, der Produktion oder des Konsums. Zeit, dass wir uns vom Streben nach ewigem Wirtschaftswachstum lösen und neue Konzepte finden. Ideen dazu sind teilweise bereits vorhanden. Hierzu zählt sowohl die Erweiterung des BIPs um nachhaltige, ökologische und soziale Aspekte, aber auch das Finden eines wirtschaftlichen Kreislaufsystems, bei dem alles recycelt und weiter verwendet werden kann. Wobei auch dabei der Umlaufmenge materielle, soziale und energetische Grenzen gesetzt sind.

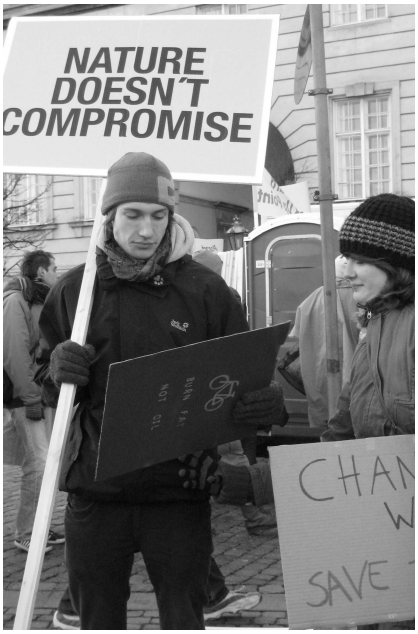
Svenja ist 19, kommt aus Gifhorn und hat nach Studium mehrere Bücher und Artikel, einer kurzzeitigen tiefen Krise und davonlaufender Zeit festgestellt, dass das Thema Wirtschaftswachstum doch nicht so einfach anzulesen ist...

„CLIMATE JUSTICE NOW!“

Ein Reisebericht über die Fahrt der Grünen Jugend Niedersachsen zur Klimademo in Kopenhagen

Am Freitagabend fuhren wir, fünf eifrige KlimaaktivistInnen aus Gifhorn und Braunschweig, mit einem der letzten Züge nach Hannover, wo wir schon von einigen befreundeten GJlern erwartet wurden. Die Zeit bis zur Abfahrt nach Kopenhagen ging schnell vorbei. Wir wärmten uns erst in einem Café auf und malten anschließend in einer zwielichtig wirkenden Ecke hinterm Bahnhof unser Plakat. Den Slogan „Hjælp min isen smelter!“ (wahrscheinlich dänisch für „Hilfe mein Eis schmilzt!“) hatten wir uns zuvor vom Übersetzer unseres Vertrauens, Google, übersetzen lassen.

Gegen halb drei Uhr nachts machten wir uns dann auf den Weg zum Busbahnhof. Dort waren wir die Ersten, doch nach und nach gesellten sich immer mehr dunkle Gestalten zu uns. Auf ihren Rücken trugen sie große Rucksäcke, vollgefüllt mit Proviant, Vorfreude und bunten Plakaten. Auf dem



Sein Schicksal scheint besiegelt: Der Kopenhagen Eisbär

Parkplatz warteten ein schäbig wirkender Linienbus und ein komfortabeler Reisebus. Wir fragten uns welcher der beiden Sponsoren wohl den Linienbus gebucht hatte. Schließlich kam doch noch ein zweiter Reisebus und unsere Reise konnte beginnen!

AUF NACH KOPENHAGEN!

Unsere Reise verlief ruhig. Nur kurz vor der Grenzkontrolle flammte ein wenig Aufregung auf: Werden sie uns reinlassen? Im Vorfeld hatten wir nämlich gehört, dass viele Menschen abgewiesen wurden und, dass mensch es gar nicht erst versuchen brauchte, wenn sie oder er nicht im Besitz eines Reisepasses war. Ein deutscher Grenzbeamte ging durch den Bus und kontrollierte unsere Personalausweise. Einer der Mitreisenden hatte offenbar seinen Ausweis vergessen, woraufhin ihm der Beamte den Tipp gab, sich schon mal darauf einzustellen zurükkschwimmen zu müssen.

Die Fahrt mit der Fähre von Puttgarden nach Rødby war sehr romantisch, denn unser Schiff segelte im Licht der aufgehenden Sonne. Unsere Vorfreude auf die Ereignisse des anbrechenden Tages wuchs.

An der dänischen Grenze interessierte mensch sich wiedererwarten wenig für uns. Auf der letzten Etappe vor Kopenhagen wurden unsere Ohren mit 12 extravaganten musikalischen Darbietungen vom Klimasongcontest verwöhnt. Die Stimmung stieg.

„WHAT DO WE WANT?“ „CLIMATE JUSTICE!“

Am Hauptbahnhof der dänischen Hauptstadt angekommen, marschierten wir direkt zum Parlamentsplatz. Auf dem Weg dorthin sahen wir den „Copenhagen Ice Bear“, der schon bedenklich abgenommen hatte. Auf dem Parlamentsplatz wurden wir von freundlichen Menschen empfangen, die im stillen Kämmerlein emsig Plakate gebastelt hatten und diese nun kostenlos an die Demonstranten verteilten.

Der Platz war bereits gut gefüllt und auf dem Podium wechselten sich die Redner ab. Gerne hätten wir der/m einen, oder anderen RednerIn etwas gelauscht, doch die vielen Eindrücke und der Geräuschpegel hatten uns über-

wältigt. So ziemlich das einzige, was wir vom RednerInnenpult mitbekamen war die immer und immer wieder skandierte Parole „Climate Justice Now!“. Wir machten die „Welle“ und kurz bevor die Demo anfangen sollte bemerkten wir, dass wir uns inmitten einer Gruppe schwedischer Kommunisten befanden. Wir beschlossen umzuziehen und uns in den „Grünen Block“ einzureihen, was sich jedoch etwas schwierig gestaltete, da der Grüne Block vor uns wegzulaufen schien. Nach kurzer Zeit hatten wir dann unseren Platz gefunden. Es konnte los gehen!

Es dauerte jedoch noch eine geschlagene Stunde, bis sich endlich der Riesenschneemann vor uns in Bewegung setzte. Auf der Strecke gab es eine Menge zu sehen: Menschen in kreativen Kostümen mit Trommeln und Fahnen, große geschmückte Wagen mit Figuren, die buntes Konfetti in die Menge feuerten und einen Cowboy, der auf einem selbstgebastelten Pferdefahrrad an uns vorbei galoppierte. Außerdem mussten wir uns vor einer Gruppe französischer, behelmter Gewerkschafter in Acht nehmen, die auf ein geheimes französisches Signal hin losstürmten und alle umrannten, die ihr Signal nicht kannten. Die Demoroute führte durch die Kopenhagener Innenstadt, vorbei an Fastfoodläden, die besser bewacht schienen, als die dänischen Kronjuwelen. Weiter gingen wir durch die inzwischen schon etwas vorstädtisch anmutenden Straßen. Die Umgebung wurde mit der Zeit immer ländlicher, bis wir schließlich zwischen einigen Feldern umherwandelten. Hatten wir uns verlaufen? Konnten sich hunderttausend Menschen verlaufen?

VOLL, VOLLER, U-BAHN-STATION BELLA CENTER

Mittlerweile hatte es zu dämmern begonnen, und auch uns dämmerte es: bei der Gruppe dunkler Gebäude, die sich vor uns auftat, handelte es sich um das Bella Center, dem Tagungsort der Klimakonferenz. Von der Seite wollte uns jemand eine Fackel in die Hand drücken und in der Ferne sahen wir die Silhouetten dreier riesiger Figuren, die in der Dunkelheit verschwörerisch angestrahlt wurden. Am Ende der Straße war eine Bühne aufgebaut. Wir waren angekommen, die Demo war vorbei.

Wir erfuhren, dass mensch mit der U-Bahn vom Bella Center zum Hauptbahnhof fahren konnte. Doch das war leichter gesagt, als getan, denn schließlich hatten zigtausend Andere das gleiche vor. Die erste Station war so überfüllt, dass mensch nicht einmal die Treppe zu den Gleisen erreichen konnte. Wir gingen zur nächsten Station. Die war zwar um einiges leerer, dafür waren die Züge, die hier ankamen aber vollkommen überfüllt. Nach einigen Minuten konnten wir uns in eine Bahn quetschen und fuhren zum Hauptbahnhof.

Dank derer, die daran gedacht hatten dänische Kronen mitzunehmen, konnten wir uns am Bahnhof an einer überteuerten Tasse Tee aufwärmen. Bis der Bus kam, saßen wir auf dem kalten Bahnhofsfußboden und verspeisten unseren mitgebrachten Proviant.

Als der Bus dann kam, stiegen zwei Menschen weniger ein, als am Morgen ausgestiegen waren. Zwei GJ-ler waren von der übereifrigen dänischen Polizei festgenommen worden und würden die Nacht nun offenbar im eisigen Kopenhagen verbringen müssen. Die Rückfahrt verschliefen wir.

Das Stück Sahnetorte, das um 6 Uhr morgens in einem Café am Hauptbahnhof Hannover verspeist wurde, schmeckte irgendwie besonders: Es schmeckte euphorisch. Es schmeckte nach Aufbruch und nach dem Glauben daran, dass unsere Stimmen in das Innere des Konferenzgebäudes gedrungen waren und dort Druck auf die Regierungschefs der Welt erzeugt hatten.

Vanessa (19) macht ein freiwilliges ökologisches Jahr beim BUND in Braunschweig und ist kein Klimalømmel.

„Da geht es eben nicht um die sinnvolle Tätigkeit an sich, sondern erstmal um Jobs, Jobs, Jobs“

Moritz von der GJ Göttingen war zu Besuch bei der antikapitalistischen, wert- und wertabspaltunsskritischen Theorie-Gruppe 180°. Nach dem er sich als Jung-Grüner selber ein paar Fragen über Angriffskriege gefallen lassen musste hatte er die Gelegenheit den Theoretiker*Innen auch ein paar grundsätzliche Fragen zu Kapitalismuskritik für den IGEL zu stellen.

IGEL: Ihr heißt 180° und meint damit wohl die Umkehrung der Verhältnisse. Trotzdem wollt ihr keine Revolution machen, sondern "Emanzipatorische Transformation". Das klingt jetzt ganz schön langatmig. Wollt ihr nicht doch in eine Partei eintreten?

Kim: Ich glaube ja, dass es zu einfach ist zu meinen dass man einfach eine Revolution bräuchte oder einen Akt bei dem es "Um's Ganze" ginge und danach wird dann alles besser. Das geht ja immer davon aus, man müsste nur mit der Kalaschnikow aufs Rathaus zurobben ,um dann die schwarz-rote Fahne zu hissen und danach wäre alles besser. Nur wäre es dann ja so, dass wir danach auch nicht wissen würden, wie's weiter geht und die Leute draußen erst recht nicht. Außerdem gehen Revolutionsvorstellungen davon aus, dass, wenn man den Staat übernimmt, alles schon besser werden würde. Damit haben solche Vorstellungen durchaus Ähnlichkeiten zu Parteien - auch wenn das beide Seiten nie richtig zugeben würden. Ich glaube, so einfach ist es eben nicht, dass es eine Schaltstelle gibt, sondern wir sind vielmehr in ein komplexes Netz von Herrschaft und Unterdrückung verknubbelt, das wir sogar selber mit stricken, ohne das zu wissen und ohne das zu wollen. Das heißt, es muss jetzt schon darum gehen Herrschaft zu analysieren einerseits, gleichzeitig Widerstand gegen Unterdrückung zu leisten und im Hier und Jetzt schon Alternativen aufzubauen.

Ich mag ja linksradikale Gruppen meistens, obwohl ich so ein Jung-Grüner bin. Wisst ihr was mich nervt ist nur, egal auf was für eine linke Demo man heute so geht, immer ist irgend ein*E Linksradikale*R da, die*der wieder so'n "Kapitalismus abschaffen"-Transpi mit sich rumträgt. Ist Kapitalismuskritik bei euch nicht ein bisschen zu omnipräsent?

Michel: Naja, Kapitalismus ist omnipräsent. Nur ist er so selbstverständlich geworden, dass es gar nicht mehr auffällt und dann eben das "Kapitalismus abschaffen"-Transpi mehr auffällt, als der Kapitalismus selbst. Natürlich wollen wir nicht nur Schilder hochhalten, sondern uns mit den konkreten Problemen beschäftigen. Dabei darf die Kritik nur nicht zu kurz gehen. Wir wollen uns eben z.B. nicht nur vor den Castor stellen und ein "Stopp Castor"-Schild hochhalten, sondern das konkrete Problem zusammen denken mit den gesellschaftlichen Verhältnissen, um auch die Bedingungen, die so einen Atom-Irrsinn möglich machen, überhaupt angreifen zu können. Ansonsten wäre ja überhaupt keine Intervention möglich, die einen Effekt erzielt.

Ihr argumentiert ziemlich stark mit Marx. Der hat aber zur Blütezeit eines ausufernden Industriekapitalismus geschrieben. Heute ist 150 Jahre später und der Kapitalismus hat sich gewandelt. Wäre es nicht an der Zeit, dem veränderten Funktionieren des Kapitalismus auch neue Analysen gegenüber zu stellen?

Francois: Ja und Nein. Marx hat aber nicht den Anspruch gehabt den zeitgenössischen Kapitalismus vor seiner Nase zu beschreiben, sondern den Kapitalismus in Reinform. Also die allgemeinen Gesetze, die immer dann gelten, wenn wir Kapitalismus haben. Und da wir unglücklicherweise immer noch Kapitalismus haben, sind nun mal auch nicht alle Sachen von Marx vom Tisch gewischt. Was sich natürlich verändert hat, sind die Art von sozialen Auseinandersetzungen, und die Art, in der die Welt von den Menschen im Kapitalismus wahrgenommen wird. Z.B. war zu Marx Zeiten Klassenkampf noch eine ziemlich angesagte Sache, unter der sich die Leute auch was vorstellen konnten – das ist heute vielleicht nicht mehr so.

Noch mal: kommt der Kapitalismus heute nicht in ganz anderer Form daher, viel subversiver, viel selbstverständlicher als noch in seiner industriezentrierten Zeit? Und ist dann nicht seine Antriebsfeder viel mehr sowas wie die Ausnutzung eines liberalen Denkens? Naja, ihr kennt ja das Klischee: "von der*vom Tellerwäscher*In zur*zum Millionär*In".

Juna: Da würde ich dir erst mal Recht geben. Es ist ja so, dass dem Großteil der Menschen eben nicht mehr die*der Fabrikbesitzer*In direkt gegenüber steht und sie*er merkt, wie sie*er ihre*seine Zeit verkauft. Sondern Menschen sind dem Markt jetzt viel direkter ausgesetzt, in dem sie als Selbstunternehmer*Innen ihre Eigenschaften möglichst gewinnbringend auf dem Arbeitsmarkt verkaufen. Da dieses Verhältnis schon so alt ist, ist es schon viel naturalisierter für die Menschen. Die nehmen das gar nicht mehr als etwas Schlechtes wahr, sondern als etwas, mit dem sie ganz ursprünglich aufgewachsen sind, was sie aber trotzdem total viel Kraft kostet. Das führt dazu, dass Menschen immer mehr zu Dingen werden und ihre Individualität verlieren. Letztlich nehmen psychische und auch physische Krankheiten zu. Die Qualität von Ideologien verändert sich, wie Rassismus, Sexismus, Antisemitismus und Nationalismus.

Soweit ich weiß, ist euer Ansatz ein "wertkritischer", letztlich also eine Fundamentalkritik. Könnt ihr kurz erklären, was das heißt?

Toni: Das geht von Marx aus. In der traditionellen Lesart ist erst der sogenannte Mehrwert der Gegenstand der Kritik. D.h. Menschen arbeiten und schaffen dadurch Reichtum. Das der aber hauptsächlich an Unternehmen geht, das ist der größte Kritikpunkt; dass manche Produktionsmittel haben und manche nicht, wäre der Hauptwiderspruch. Die Wertkritik sagt eben, das ist nicht das Hauptproblem. Sondern es fängt schon in den Elementarformen an, in denen der Kapitalismus grundsätzlich funktioniert, nämlich das Reichtum nicht nur in ganz vielen, tollen, nützlichen Dingen anfängt, sondern das Reichtum in einer besonderen Form, nämlich in Form von Waren auftritt. Also nur in Form von Sachen, die sich gegeneinander austauschen lassen. Das ist die Besonderheit im Kapitalismus: egal was du produzierst, es wird erst mal produziert, um es zu tauschen. Und dabei ist es auch egal, welchen Inhalt das Produkt hat, die Besonderheit im Kapitalismus ist, dass du Schokotörtchen gegen Rheumapflaster und auch Panzer tauschen kannst.

Dabei sind erstmal menschliche Bedürfnisse total sekundär. D.h. Menschen verrichten nicht sinnvolle Tätigkeiten, um sich gegenseitig Sachen bereit zu stellen und weil sie irgendetwas brauchen. Sondern es geht erst mal nur um Jobs, Jobs, Jobs. Das stand ja auch bei den Grünen auf ihren Plakaten zur Bundestagswahl. Da geht es eben nicht um die sinnvolle Tätigkeit an sich, sondern darum, dass erst mal die Hauptsache Arbeit ist. Das Ganze hat auch noch eine zweite Seite der Medaille. Die kann man als Wertabspaltung verstehen. Damit meinen wir, dass - um so eine Wirtschaftsweise zu gewährleisten – erst mal ein abgespaltener Bereich Voraussetzung ist. Der ist ziemlich weiblich konnotiert und beinhaltet z.B., dass da moderne Warensubjekte erst mal aufgepäppelt und erzogen und geboren werden müssen und etwa Pflege und Kindererziehung total an Frauen delegiert wird.

Das alles zusammen empfinden wir als ziemliche Zumutung. Wir glauben auch nicht, dass eine Partei oder ein Staat es sinnvoll für Menschen einrichten kann, sondern dass wir es selber in die Hand nehmen müssen. Üblicherweise wird ja unser Leben eher für uns organisiert und wir machen es eben nicht selbst. Wir wollen auch ein Verständnis von Emanzipation, dass das alles nicht von außen kommt und verordnet wird, sondern wir überlegen uns das eben selber. Das ist auch keine Privatsache, wie das in Teilen der Ökobewegung gesehen wurde.

Das hieße dann letztendlich, der Grundtatbestand von Kapitalismus ist Markt, oder?

F: Nein, der Markt ist zwar die Instanz, die festlegt, was für Dinge wir kriegen und was für Dinge wir herstellen, aber nicht der „Grundtatbestand". In den realsozialistischen Ländern mit der Planökonomie gab es eine andere Instanz, da gab es den Plan. Das hat genau so wenig funktioniert, wie der Markt funktioniert, vielleicht sogar noch weniger. Letztlich ist es nämlich auch nur eine andere Art und Weise gewesen, das Problem zu organisieren. Insofern gibt es theoretisch auch andere Lösungen Kapitalismus zu organisieren, aber die machen halt auch alle keinen Spaß.

[…]

Was wir aber schon glauben ist, dass es wichtig ist, dass die Menschen ihre Geschichte in die eigene Hand nehmen und nicht auf irgendeine ominöse Weltrevolution warten, die irgendwann kommt oder auf die Partei, die sie errettet. Deswegen ist es wichtig, schon im Hier und Jetzt anzufangen einzelne Projekte anzugehen, in denen Arbeiten und Leben so organisiert sind, dass sie mit dieser herrschenden Logik - mit Ware, Geld, Kapital und Arbeit, so wie vorhin beschrieben - dass diese Projekte mit dieser Logik brechen. Bspw. Sachen wie Umsonst-Läden.

Eine längere, ungekürzte Version des Interviews ist zu finden auf www.180-grad.net

Anmerkung: Die Gruppe 180° hat darum gebeten das Interview mit * und Binnen-I zu gendern.

MORITZ KEPPLER,
GJ GÖTTINGEN

Von Umweltschmutz und Umweltschutz - oder: wir brauchen ein anderes Naturverhältnis!

Kopenhagen, Kyoto, Katastrophenszenario – in Sachen Klimapolitik herrscht ein reger Diskurs. Unter WissenschaftlerInnen, PolitikerInnen und UmweltschützerInnen ist man sich über die große Bedrohung weitgehend einig, die der Klimawandel für menschliches Leben darstellt. In diesem Stimmenkanon deutlich zu hören, sind die Forderungen nach Investitionen in effizientere, klimaschonende Technologien, nach einer verstärkten staatlichen Ordnungs- und Anreizpolitik, nach Anstrengungen, die getan werden müssen, die wir gemeinsam schultern müssen.

Was aus der Klimadebatte jedoch, auch von Seiten der Umweltbewegung, kaum noch folgt, ist eine grundlegende Auseinandersetzung mit dem Verhältnis zwischen Natur und Gesellschaft, die die Wurzeln des Klimaproblems freilegt, sie in Verbindung zu anderen Auswüchsen der Naturzerstörung setzt und damit die Schlussfolgerungen ermöglicht, die sich für das Ziel eines befriedeten Verhältnis der Gesellschaft zur Natur ergeben müssten. Es wäre eine Auseinandersetzung, die den Wachstums- und Verwertungszwang sowie den Anthropozentrismus in den Mittelpunkt der Diskussion stellen würde, der sich aus der Logik der kapitalistischen Ökonomie ergibt.

Arbeit als Vermittlungsinstanz von Natur und Gesellschaft

Folgt man der marxistischen Kapitalismusanalyse, so ist das gesellschaftliche Verhältnis zur Natur durch den Faktor der Arbeit, also durch die Produktion, bestimmt. Die Produktion entnimmt der Natur Stoffe um sie mithilfe der Arbeit zu Waren zu formen, die in den gesellschaftlichen Tauschprozess eingehen sollen. Um alle Waren, die in den Tauschprozess eingehen auch tatsächlich untereinander austauschbar zu machen, wird das Besondere zum Allgemeinen reduziert; die für ein Produkt aufgewendete Arbeit, welche nach Marx allein für den Wert einer Ware bestimmend ist, wird nicht als individueller Prozess bewertet, sondern als abstrakt-menschliche Arbeit, als in Zeit berechnete Verausgabung von menschlichem Hirn, Muskel, Nerv und Hand. Dieses Prinzip überträgt sich auf die Waren, die nur Ausdruck dieser abstrakt menschlichen Arbeitskraft sind, und schließlich auf alles Verwertbare inklusive dem Menschen, Tieren und der Natur. So werden Individuen oder Ökosysteme ebenfalls in verwertbaren Quanta ausgedrückt, z.B. Stückzahlen oder Flächen (ha Wald) und werden so unmittelbar austauschbar mit beispielsweise einer Hose oder einem Auto.

Hinzu kommt, dass die Produktion im Kapitalismus nicht mehr allein dem einfachen Austausch der Waren, von denen die es produzieren zu denen die es benötigen, dient, sondern dass der Produktionsprozess zum Zweck an sich geworden ist, der beständig Kapital abwirft, solange er sich durch ständiges weiter-produzieren selbst am Leben erhält. Sorgt mensch sich ernsthaft um die ökologische Krise, gilt es deswegen Auswege aus der Verwertungslogik der Produktionsverhältnisse, nach gesellschaftlichen Lösungen, zu suchen, die das Verhältnis von Natur und Gesellschaft erneuern könnten.

Die Synthese von Umweltschmutz und Umweltschutz

Derweil haben die großen Umweltschutzverbände allerdings davon losgelassen, die fortschreitende Naturzerstörung beispielsweise mit der Forderung nach einer Reduzierung der Eingriffe des Menschen in die Natur zu beantworten, sondern hoffen stattdessen auf technische, systemfreundliche Lösungen. Während sich die Grünen zeitgleich mit dem Anfang ihrer Regierungsbeteiligungen von ihren radikal ökologischen Wurzeln losgesagt haben und sich inzwischen teilweise zum Konzept des Öko-Kapitalismus bekennen, hat sich Greenpeace nach den Worten Paul Watsons, einem Mitbegründer und ehemaligem Vorsitzenden der Organisation „zur größten Wohlfühlorganisation der Welt entwickelt“ - einem Geschäft das den Menschen ein gutes Gewissen verkauft, damit sich diese als Teil der Lösung fühlen können und nicht als Teil des Problems. Ein Teil der Umweltbewegung entwickelt sich so selbst zum integrierten Bestandteil der kapitalistischen Wachstumslogik, die sich von einem grünen Anstrich der Ökonomie mehr erhofft als vom Festhalten an Systemkritik, die zu oft den Anschein von „Verzichtslogik“ erweckt.

Doch entfällt mit der Kritik an der kapitalistischen Ökonomie auch die Vorstellung der Möglichkeit einer Be-

grenzung des Wachstum und der Produktion auf das Notwendige bzw. ganz anderen Produktionsverhältnissen. So hofft man also zur Lösung der Klimaproblematik im Rahmen des Bestehenden auf Elektro-Autos, Energiesparlampen, Erneuerbare-Energien-Anlagen und Bio-Boom. Man redet Investitionen das Wort, obwohl eine Steigerung der Produktivkräfte noch nie zu einem besseren Umgang mit Naturproblemen, sondern immer nur zu einer Ausweitung der Beherrschung derselben durch den Menschen und zur Reproduktion des Kapitals geführt hat - die Konzerne werden zu den Gewinner der „klimafreundlichen" Politik, die Umweltverschmutzung steigt weiter mit der Produktion und die Umweltverbände treiben mit ihren Forderungen den Kapitalismus vielleicht mehr an als sie ihn bremsen können. Je grüner der Kapitalismus im Zuge dessen erscheint, desto unsinniger und irrationaler erscheint dabei eine Kritik, die am Problem der gesellschaftlichen Naturbeherrschung ansetzt.

Der bündnisgrüne „Green New Deal", ein Ruf nach Wachstum durch grüne Zukunftsinvestitionen, bildet einen sehr anschaulichen Beleg dafür, wie „mit der Dialektik von Umweltschmutz und Umweltschutz (...) die Hoffnung auf ein unbegrenztes Wachstum" entsteht, um es mit den Worten des zynisch-kritischen Philosophen Baudrillard auszudrücken.

Umweltschutz = Klimaschutz?

Die Sicht der Umweltbewegung, die sich zunehmend auf das Klimathema beschränkt, ist auch aus anderen Gründen unvollständig und unehrlich. Hinter allen Problemen, die uns der Klimawandel beschert, stehen Ursachen, die sich von denen anderer Formen der Naturzerstörung nicht unterscheiden. Ob die Rodung der Urwälder das Klima anheizt oder nicht, sie greift das natürliche Gleichgewicht der Umwelt an, nimmt vielfältiger Flora und Fauna den Lebensraum und versperrt auch ihre langfristige Nutzbarkeit für den Menschen. Einen ähnlichen Vergleich ließe sich für Öl und Gas ziehen, welches auch ohne ihren schädlichen Effekt für das Weltklima Ursache von Land- und Gewässerverschmutzung, von Vertreibungen und weltweiten Kriegen wäre.

Die Umweltverbände haben im letzten Jahr viel auf Kopenhagen gesetzt. Aber worauf hätte man bei allem Optimismus denn hoffen können? Darauf, dass die Staaten ihren Konsens der Notwendigkeit permanenter Wachstumssteigerung aufgeben, jedenfalls nicht. Ich denke zudem, es wäre für die Bewegung verheerend der Gefahr anheim zu fallen vor lauter Klimapanik nach stark agierenden Politikern zu rufen, so dass sich die soziale Ordnung weiter festigt, statt als Schuld tragender Bestandteil erkannt zu werden.

In Kopenhagen kam dieses Bild für mich stärker auf als je zuvor. Das andere Verhältnis von Natur und Gesellschaft, wovon ich hier so oft gesprochen habe, bedeutet für mich auch sich radikal in den Widerspruch zu jeglicher Herrschaftslogik zu stellen. Es beinhaltet zudem einer kritischen Haltung gegenüber einem Fortschritts- und Technologisierungswahn, der die totale Unabhängigkeit und Ablösung des Menschen von der Natur zum Ziel hat. Und es beinhaltet - den vom Vorwurf der „Naturromantik" geprägten - Gedanken konsequent zu schützen, der die Natur als die Grundlage unseres Lebens anerkennt, die wir nutzen um zu leben und nicht als Ware, die wir verbrauchen und vernichten können.

Ein Plakat aus ehemaligen Zeiten

NADINE MCNEIL, 23, IST EHEMALIGES MITGLIED DER GRÜNEN JUGEND UND BESCHÄFTIGT SICH NUN AUTONOM MIT HERRSCHAFTSKRITISCHER UMWELT- UND GESELLSCHAFTSPOLITIK.

Service machen wir mit links!

Hier habt Ihr E-Mail-Adressen und Telefonnummern von AnsprechpartnerInnen der GRÜNEN JUGEND Niedersachsen (GJN):

Landesgeschäftsstelle
Odeonstraße 4
30159 Hannover
Fon: (05 11) 126 085 77
Fax: (05 11) 126 085 70
E-Mail: gjn@gruene-niedersachsen.de
Internetadresse: http://www.gj-nds.de
Bankverb.: Bank für Sozialwirtschaft
Konto: 84 31 500, BLZ: 251 205 10
Geschäftsführung:
Christian Gailus
E-Mail: gjn@gruene-niedersachsen.de

Landesvorstand
Julia Willie Hamburg (Sprecherin)
julia.hamburg@gj-nds.de
Hannover / Göttingen

Gregor Möllring (Sprecher)
gregor.moellring@gj-nds.de
Hildesheim / Bremen

Jan Frederik Wienken (Schatzmeister)
Jan.wienken@gj-nds.de
Göttingen

Jule Amthor(Polit. Geschäftsführerin)
amthor-jule@t-online.de
Hannover

BeisitzerInnen
Julia Karrasch (Hannover)
julia_karrasch@yahoo.de

Svenja Schurade (Gifhorn)
svenja@schurade.de

Steffen Bach (Braunschweig)
bach_steffen@web.de

Simon Oehlers (Bremervörde)
simon.oehlers@gj-nds.de

IGEL-Redaktion
Judith König (Niedersachsen)
koenig.judith@yahoo.de

Vanessa Hoffmann (Braunschweig)
vanessa.hoffmann@gj-nds.de

Michèle Kahl
michele.kahl@gj-nds.de

Patrick Haase (Lüneburg)
patrick.haase@gj-nds.de

Arne Schwabe-Herrmann
schwabe-herrmann@t-online.de

Christian Hinrichs
christian.hinrichs@gj-nds.de

Adressänderungen schickt uns bitte an die Landesgeschäftststelle (Kontakt siehe oben)!

Weitere Informationen und Kontaktadressen, auch von GRÜNE JUGEND-Gruppen in Eurer Nähe, bekommt Ihr in der Landesgeschäftsstelle oder im Internet:
www.gj-nds.de (Niedersachsen)
www.gruene-jugend.de (Bundesverb.)

Termine, die bald anstehen:

13. Februar Bundesweite Demo gegen Naziaufmarsch in Dresden

15.2 18 Uhr Reaktivierung der GJ Lehrte im anderen Kino

19.2 LAK Geschlechterfragen

19.-21. Februar Basisseminar zum Thema: Bildung (mit Aufbauthema Liberalisierung von Bildung)

12.-14. März LMV-Vorbereitungsseminar zum Thema: „Kapitalismus“

03.04 LAK Kinderrechte

09.-11. April Basisseminar zum Thema: Strukturen – Basisdemokratie vs. Hierarchien

30.4 - 2.5: Landesmitgliederversammlung, Ort steht noch nicht fest
Thema: Kapitalismus

von links nach rechts und oben nach unten:
Gregor, Steffen, Simon, Lia, Jule, Jan, Svenja, Julia

Liebe Leute,
seit der letzten LMV in Gifhorn hat die GJN einen neuen Landesvorstand: Julia und Gregor als SprecherInnen, Jan als Schatzmeister, Jule als politische Geschäftsführerin und Steffen, Simon, Svenja und Lia als BeisitzerInnen.
Nach grundlegender Einarbeitungsphase wollen wir jetzt im neuen Jahr richtig durchstarten. Da kein Wahlkampf ansteht, haben wir Zeit, uns auf die Inhalte zu konzentrieren.
Was haben wir alles vor?
Zunächst haben wir uns das ehrgeizige Ziel gesetzt, eine Grundlagen-Seminarreihe zu veranstalten: jeden Monat ein Wochenende lang mit GJ Mitgliedern diskutieren, neue Erkenntnisse erlangen und Spaß haben. Immer zu einem von unseren Herzensthemen.

Gestartet sind wir im Januar mit Energie - Atom, Kohle und die Erneuerbaren. Das wird in diesem Jahr erneut ein wichtiges Thema, da Schwarz-Gelb nur allzu offensichtlich den Ausstieg aus dem Ausstieg plant. Eventuell steht uns sogar im Herbst ein Castor bevor.

Als Nächstes Basisseminar steht Bildung auf dem Plan und zwar in Zusammenarbeit mit unserem Landesarbeitskreis Bildung vom 19.-21. Februar. Alle weiteren Termine bis zur LMV findet ihr unten angehängt.

Wir platzen vor Ideen, die wir gern umsetzen würden: ein Reader über Ortsgruppengründung, ein Umweltstammtisch, unsere Themen und Positionen bei den Altgrünen einbringen, das Volksbegehren für gute Schulen unterstützen und und und...

Eine von den Ideen, die wir bereits durchgeführt haben, war das Frauenfrühstück. In gemütlicher Atmosphäre kamen wir zusammen um darüber zu reden, wie wir uns als Frauen innerhalb der Grünen Jugend fühlen und was wir ändern könnten, damit Frauen sich mehr zutrauen, z.B. vor Leuten zu sprechen oder für ein Amt zu kandidieren.

Herausgekommen sind einige Ideen für Strukturänderungen, die wir hoffentlich bei der nächsten LMV umsetzen können.

Diese wird übrigens am Wochenende vom 30.4. bis zum 2.5. stattfinden. Das Thema habt ihr bei der letzten LMV selber gewählt: Kapitalismus. Auch über den Ort könnt ihr mit entscheiden, nähere Infos dazu bekommt ihr demnächst über die Mailingliste.

Außerdem werden wir dieses Jahr nutzen, um dahin zurückzukehren, wo die Grünen vor 30 Jahren angefangen haben: auf die Straße! Große und kleine Demos stehen an, z.B. Atomaktionen zum Gedenken an Tschernobyl oder der hoffentlich riesige Protest gegen die Nazidemo in Dresden im Februar.

Mittlerweile sind wir auf 550 Mitglieder in Niedersachsen angewachsen, und wir sehen es als eine unserer Hauptaufgaben, euch alle einzubinden und euch zu zeigen, wie viel Spaß es macht, sich einzubringen (wenn ihr es nicht ohnehin schon macht).

Wie immer gilt natürlich, das wir uns echt über euer Feedback freuen, selbstverständlich über Lob, auch über Kritik und Verbesserungsvorschläge. Schreibt uns oder sprecht uns an. Sagt uns auch Bescheid, damit wir zu euch in die Ortsgruppen kommen.

Wir freuen uns auf ein spannendes Jahr mit euch.

Liebe Grüße von eurem LaVo